

Bezugspreis
monatlich 20.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt 10000.—
ins Ausland 15 000 poln. Kr. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273, 3110.

Tele.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6194 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 250.— M.
Reklameteil 750.— M.

Für Aufträge
aus Deutschland
Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M.
Reklameteil 750.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Die „Gefährlichkeit“ der deutschen Konsulate.

Im Zusammenhang mit der Hochflut eines deutschfeindlichen Chauvinismus, für die die Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Sikorski in Posen Mitte April charakteristisch ist, führt die nationaldemokratische polnische Presse seit einer Reihe von Wochen eine verschärfte Agitation gegen deutsche Konsulate in Polen. Es handelt sich hierbei um die deutschen Vertretungen in Posen und Thorn, denen vorgeworfen wird, unter Überschiebung ihrer Zuständigkeit eine dem polnischen Staat feindliche Tätigkeit zu betreiben. Bewiesen wird diese schwere Beschuldigung auf sehr einfache Weise. Erst wird der Deutschstamm als polen- und staatsfeindlich hingestellt, und dann wird behauptet, daß die deutschen Vertretungen in den polnischen Westprovinzen in enger Fühlung mit diesem Deutschstamm ebenfalls gegen den polnischen Staat arbeiten.

Der wahre Sachverhalt, der diesen durchsichtigen Angriffen zu Grunde liegt, ist folgender: Daß seit vielen Monaten in Dresden Verhandlungen stattfinden, die die strittigen Punkte der deutschen und der polnischen Auslegung des Versailler Vertrages in den Fragen der Staatsangehörigkeit und der Liquidation klären sollen, hat die Polen und die polnischen Behörden nicht daran gehindert, ihre Politik der Liquidation und der Ausweisung auch während des Verlaufes der Verhandlungen fortzusetzen, um so nach Möglichkeit vollstehende Tatsachen zu schaffen, denen gegenüber irgend ein Ergebnis der Verhandlungen auf dem Papier bedeutungslos sein würde. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung und die deutschen Vertretungen in Polen bis zu einer Einigkeit über die strittigen Fragen ihren Standpunkt in der Auslegung des Versailler Vertrages einhalten und ihre Staatsangehörigen sowie die Deutschstämmigen anderer Staatsangehörigkeit in Polen in diesem Sinne beraten.

Es ist aber eine durch nichts bewiesene Behauptung, daß die Tätigkeit der deutschen Konsulate Behörden eine polenfeindliche sei, insbesondere daß sie eine Überschiebung der völkerrechtlichen Befugnisse der Konsulate darstelle. Wenn in einzelnen Fällen dorthin Deutschen der Rat gegeben wurde, nicht vorzeitig abzuwandern, so ist das ein Rat, der bei den zahlreichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen die Zuwandernden in Deutschland ausgesetzt sind, die wirklichen Interessen der Deutschen im Auge hat und sich nicht gegen den polnischen Staat richtet; es sei denn, daß der polnische Staat, der sich so oft seiner Toleranz rühmt, jeden Nichtpolen in seinen Staatsgrenzen als Feind ansieht. Wie sehr aber der polnische Staat durch forcierte Liquidationen und ähnliche Maßnahmen Deutsche und Deutschstämmige bisher geschädigt hat, geht aus den jüngsten Entscheidungen vor dem Internationalen deutsch-polnischen Schiedsgericht in Genf hervor, wonach der polnische Staat in Fällen freihändigen oder zwangsweisen Verkaufs bisher deutschen Besitzes zu weit höheren Entschädigungen verpflichtet ist, als er sie bisher gewährt hat. Freilich hat Polen bisher stets internationale Entscheidungen nur dann anerkennen wollen, wenn sie zu seinen Gunsten ausfielen, und gerade in der Frage der Minderheiten hat die Ausweisung der vor Zuständigkeit des Völkerbundes durch Polen dazu geführt, daß dem Internationalen Schiedsgericht im Haag ein Verfahren darüber schwebt, ob Polens Stellungnahme gegenüber den Entscheidungen des Völkerbundes in der Minderheitenfrage mit seinen internationalen Verpflichtungen vereinbar sei.

Es verlohnt aber auch gegenüber dem Geschrei der polnischen Presse von rechtswidriger Handlungsweise deutscher Konsulate in Polen sich einmal die Praxis polnischer Konsulate in Deutschland anzusehen. Dabei sei vorweg bemerkt, daß sich in unvergleichlich größerer Zahl polnische Konsulate in Deutschland befinden, als umgekehrt; allein in Ostpreußen besitzt Polen fünf konsularische Vertretungen, Deutschland dagegen in dem langgestreckten Pommerellen, dem sogenannten Korridor, nur das Konsulat in Thorn. Es ist selbstverständlich, daß die polnischen Vertretungen in Deutschland von der Gesandtschaft an bis zu den Konsularagenturen mit den Organisationen des Polenstammes in Deutschland Fühlung halten, woraus ihnen an sich niemand einen Vorwurf machen wird. Darüber hinaus hat aber insbesondere das polnische Konsulat in Essen seine Beziehungen zu den lokalen polnischen Organisationen in einer Weise ausgestaltet, die alles weit übertrifft, was die polnische Presse den deutschen Konsulaten vorwerfen kann. Hier besteht n. a. das System, daß der Entscheid über Besuche beispielsweise in Pensionsangelegenheiten von Seiten des Konsulats abhängig gemacht wird von Gutachten örtlicher Vertrauensleute, die ihrerseits wieder an die Geschäftsführer, seien sie polnische oder deutscher Staatsangehörigkeit, bestimmte Forderungen stellen, in erster Linie auf Beitritt zu solchen polnischen Vereinen, die dem Konsulat genehm sind. Ferner hat das Konsulat in Essen in vielen Fällen in widerrechtlicher Weise polnische und deutsche Staatsangehörige mit Ausweisungspapieren nach Frankreich versehen

und sich dabei u. a. mehrfach den schweren Eingriff in die deutsche Staatshoheit zu schulden kommen lassen. Sichtvermerke für die Ausreise aus Deutschland zu erteilen, was selbstverständlich nur den deutschen Landesbehörden zusteht. In diesen und anderen Fällen, wo berechnete Beschwerden gegen polnische Konsulatsvertreter vorlagen, insbesondere stark begründeter Spionageverdacht, hat die deutsche Regierung im Gegensatz zu Polen den unter Kulturstaaten üblichen Weg diplomatischer Auseinandersetzung beschritten. Warum verjähmt Polen diesen Weg?

Aus Warschau.

Die Vereidigung des neuen Kabinetts

fand am Mittwoch im Belvedere statt. Sie wurde vom Staatspräsidenten selbst vollzogen. Nach der Vereidigung lud der Staatspräsident die Minister zu einem Frühstück.

Die Jahresfeier der Vereinigung Oberschlesiens mit Polen

soll am 17., 18. und 19. Juni in Katowice begangen werden. Voraussichtlich werden an ihr der Staatspräsident, der Ministerpräsident und der Sejmmarschall teilnehmen.

Ein Staatshaushaltsprovisorium für das dritte Vierteljahr.

Da das Budget für das laufende Jahr nicht vor den Ferien eingebracht werden wird, will die Regierung dem Sejm ein Haushaltsprovisorium für das dritte Vierteljahr vorlegen. Sollte der Sejm den Antrag nicht vor den Sommerferien annehmen, dann wird eine kurze Augustsitzung einberufen werden.

Ein Spionageprozeß in Krakau.

Am Montag begann in Krakau ein Gerichtsverfahren gegen drei höhere Militärbeamte, denen Spionage zugunsten der Tschekoslowakei vorgeworfen wird.

Dom Sejm.

Die Dauer der Sejmession.

Beim Sejmmarschall findet am heutigen Donnerstag eine Sitzung von Parteivertretern statt, in der die Beschleunigung der Beratungen des Staatshaushalts und im Zusammenhang damit die Dauer der Session des Sejm besprochen werden soll.

Die Sejmferien

werden nach Meinung des Sejmmarschalls nicht eher als am 5. Juni beginnen.

Die Verteilung der Plätze in den Sejmkommissionen.

In der Mittwochsitzung des Verleihen Ausschusses wurde die Frage der Verteilung der Plätze in den Ausschüssen besprochen. Die Tabelle stieg in den Ausschüssen im allgemeinen auf keinen Widerstand. Für die kleinen Klubs, die weniger als 11 Mitglieder zählen, steht die Geschäftsordnung eine Vorrangstellung vor. Zugleich der Verteilung der Plätze der Ausschussvorsitzenden erklärte Abg. Kozłowski vom Nationalen Volksverband, daß die Plätze der Vorsitzenden in den Ausschüssen durch die größeren Parteien besetzt werden müßten. Der Marschall betonte in seiner Antwort, daß die Ausschüsse als Sachverständigenrat behandelt werden müßten, und daß es im Staatsinteresse liege, sich an diesen Grundsatz zu halten.

Auslieferung von Sejmabgeordneten.

In der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Sejm berichtete der Abg. Seyda über die Auslieferung der in den bekannten Wladislaw Proszko verurteilten Abgeordneten Baranow und Jakowul. Der Ausschuss beschloß, vom Justizministerium nähere Angaben über das Vergehen der Abgeordneten zu verlangen. Aber die Auslieferung des Abg. Anusja wegen eines angeblichen Verleumdungsartikels im „Kurjer Poranny“, der gegen den Abg. Rutkowski gerichtet war, berichtete Abg. Riebermann, der den Vorschlag machte, die Angelegenheit dem Reichsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Abg. Seyda vertrat einen anderen Standpunkt. Nach der Aussprache wurde mit 7 gegen 6 Stimmen die Auslieferung des Abg. Anusja an das Gericht beschlossen. Für den Antrag stimmten die Vertreter des Nationalen Volksverbandes, des Klubs der Christlich-Nationalen, der Christlich-Demokraten und der Nationalen Arbeiterpartei. Die Vertreter der Pfaffen enthielten sich der Abstimmung. Der Ausschuss beschloß ferner die Auslieferung der Abgeordneten Biniaszkiewicz, Piechocki und Odon.

Ein Brief des Finanzministers an den Sejmmarschall.

Sejmmarschall Rataj erhielt am Mittwoch vom Finanzminister folgendes Schreiben: „Indem ich an den von der Regierung am 30. April des Jahres dem Sejm vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 1923 anknüpfe, erlaube ich mir, den Herrn Marschall auf die Bedeutung einer möglichst frühzeitigen Annahme des vorgelegten Entwurfs aufmerksam zu machen, insbesondere auf die Vorteile, die sich ergeben würden, wenn der erwähnte Haushaltsentwurf vom Sejm noch im Laufe der Session vor den Sommerferien bestätigt werden könnte. Abgesehen von der ungewöhnlichen Bedeutung für den Staat, die die Stützung der gesamten Staatswirtschaft auf den verfassungsgemäß bestätigten Haushaltsentwurf haben wird, kann eine frühe Annahme des Budgets einen bedeutenden Einfluß auf die Stärkung des Staatskredits im Innern des Landes und im Ausland ausüben. Ich erlaube mir noch hervorzuheben, daß die Vorlegung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 1924 innerhalb des im Art. 25 des Verfassungsgesetzes vorgesehenen Termins im Falle einer Verspätung der Annahme des Budgets für das laufende Jahr gleichfalls eine Verzögerung erfahren müßte, falls in ihm die von der jetztgebenden Kammer im Laufe der Erörterung des Budgets für das Jahr 1923 vorgebrachten Postulate Berücksichtigung finden sollten. Diese Rücksichten bewegen mich, dem Herrn Marschall die Bitte zu unterbreiten, daß für den Fall, daß die Sejmession schon im Juni beendet werden sollte, der Haushaltsausschuss zwecks Beschleunigung der Erörterung des Budgets mit Beginn des August fortsetzen möge, und daß Mitte August der Sejm zu einigen Sitzungen einberufen wird, die speziell der Erledigung des Budgets gewidmet sein sollen. Dann würde die Vorlegung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 1924 noch im Laufe des Monats November möglich sein.“ (—) Min. Grabski.“

Die Polen in Litauen

behandelt ein Vortrags des „Dziennik Berlinski“ (Nr. 122), in dem zu lesen ist:

„Das Ergebnis der letzten Wahlen zum Sejm ist sehr charakteristisch. Die polnische Bevölkerung hat trotz der ständigen Verfolgung durch die litauische Statthalter im neuen Sejm fünf Mandate errungen. Nicht um das Ergebnis selbst geht es, das zweifellos einen großen Schritt vorwärts bedeutet im Vergleich zum vorangegangenen Sejm in dem nur zwei polnische Abgeordnete saßen. Noch charakteristischer aber ist die Aufstellung der Anzahl der polnischen Wähler, die an den letzten Wahlen teilnahmen, im Vergleich zu der Zahl der Wähler, die sich an den vergangenen Wahlfeldzügen beteiligten. Während der ersten Wahl im Jahre 1920 erhielten die polnischen Listen nur 33 000 Stimmen, bei den nächsten Wahlen erhielten sie schon 54 000 Stimmen, und bei den letzten Wahlen traten mehr als 60 000 Wähler an die Wahlurne. Die Sprache dieser Ziffern ist für jeden klar. Sie zeugen davon, daß das polnische Element in Litauen-Litauen den ersten Eindruck, der durch die litauischen Verfolgungen und den Terror verursacht wurde, allmählich abschüttelt und immer fester im öffentlichen Leben auftritt. Das ist umso bedeutsamer, als in der Zeit der vorangegangenen Wahlen, wie auch jetzt, die litauischen Behörden bemüht waren, mit jeglichen Mitteln die polnische Wahlteilnahme zu hindern. Das ganze System der hohen Geldstrafen sollte vor allen Dingen schon an und für sich nicht der sehr zahlreichen polnischen Presse das Leben schwer machen. So wurde am 4. Mai die Redaktion des polnischen Blattes „Strzecha codzinnia“ in Komno zu der ungewöhnlich hohen Geldstrafe von 500 Litwas verurteilt, was 50 amerikanischen Dollars gleichkommt. Dadurch wollte man einen polnischen Nachposten zu Fall bringen. In der ganzen Frontzone oder an der polnisch-litauischen Grenze, wo weiterhin der Belagerungszustand besteht, wurde die Einberufung von Wahlversammlungen von der jeweiligen litauischen Organisationsbehörde verboten, während sie solche litauischen Organisationen reichlich erteilten. Zwei Delegierte des polnischen Zentralwahlkomitees, die in Wahlangelegenheiten in die Provinz geschickt worden waren, wurden verhaftet. Einer ganzen Reihe Polen, die an der Wahlaktion zum vorigen (aufgehobenen) Sejm teilnahmen, befahlen die litauischen Behörden, bei Beginn des Wahlkampfes aus ihren Wohnorten fortzuführen. Wenn wir jetzt die Tatsachen, die wir eingangs anführten, mit dem Wahlergebnis vergleichen, dann zeigt es sich, daß viel Hingabe und Ausdauer von polnischer Seite dazu notwendig war, alle die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Neuwahlen in Komno-Litauen berechnen für die polnische Bevölkerung keine Änderungen zum Besseren. Zwar sind die nationalen Minderheiten (neben den Polen errangen die Juden 5 Mandate, die Deutschen 2, und die Russen 2) aus den Wahlen verdrängt hervorgegangen, aber dafür hat die Rechte mit der antipolnischen Demokratie an der Spitze die entscheidende Mehrheit erlangt. Dagegen hat die litauische Linke, die in einige Kleinparteien gespalten ist, eine Niederlage erlitten. Wenn man weiter bedenkt, daß die vorhergehende Kabinettskrise durch die Haltung der Linken, die die Minderheiten unterstützten, verursacht wurde, dann versteht man, daß die siegreiche litauische Rechte um so weniger mit der gegen die Polen gerichteten Aktion aufhört.“

Das Los der polnischen Bevölkerung in Litauen ist tatsächlich sehr schwer. Sie bildet die einzige polnische Minderheit, die nicht von sich sagen kann, daß sie die Wohlfahrt der Litauen des unabhängigen polnischen Staates empfindet; denn Litauen, das den Befehlen seiner Nachbarn in Ost und West willfährig ist, will den Weg der Verständigung mit Polen nicht finden. Die Männer, die in Litauen regieren, sind dem Willen dieser Nachbarn soweit unterworfen, daß man daran zweifeln muß, daß in nächster Zeit eine Änderung in der Politik Litauens gegenüber Polen eintritt. Deshalb ist die Lage der Polen so schwierig. Die letzten Wahlen überzeugen uns davon, daß trotzdem der polnische Nationalgeist in dieser Bevölkerung nicht schwächer wird, sondern immer mehr an Kraft zunimmt und früher oder später siegen wird.“

Es ist außerordentlich lehrreich, zu lesen, was polnische Blätter schreiben über die Behandlung der Polen in einem Staate, wo sie zu den nationalen Minderheiten gehören, — vor allen Dingen über die Behandlung dieser Minderheit während der Wahlen und über den Kampf der Behörden dieses Landes gegen die Presse der polnischen Minderheit ganz außerordentlich lehrreich.

Die Bodensteuer.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter schreibt uns:

Die erste Aufgabe, die sich die neue Regierung stellte, ist der Abschluß der Steuergesetzgebung. Zu ihrer Durchführung ist der Finanzminister Grabski in die neue Regierung mit übernommen worden. Alle Steuergesetze wurden bereits im März und April vom Sejm genehmigt. Nur bei der Bodensteuer wurde von der Rechten Opposition in einem Maße gemacht, daß ihre Einführung als Gesetz erst in dem Augenblick möglich wird, in dem die Rechte selbst den maßgebenden Einfluß innerhalb der Regierung besitzt. Ihr Gesamtertrag, samt Gebäudensteuer, wird im Budget auf etwa 500 Millionen geschätzt. Rein fiskalisch genommen ist also die neue Steuer, oder, besser gesagt, die Steuerreform von großer Bedeutung. Andererseits wird sie schwer und störend in die Landwirtschaft eingreifen. Die Bodensteuer ist in den verschiedenen Landesteilen verschieden. In Galizien bestehen andere Normen, wie in den ehemals preussischen Gebieten und wie in Kongresspolen. In letzterem betrug die Bodensteuer, einschließlich Nachschaffsteuer, eine Art Gebäudensteuer, 45% des pro Morgen vor dem Kriege. Nach dem Gesetz, das vor etwa 2 Jahren eingeführt wurde, zahlen mittlere Gehöfte etwa 71 M. pro Morgen und 10 M. Gebäudensteuer, größere ungefähr 100 M. Entsprechend der Umwertung der Mark besteht nun die Tendenz, die Steuerätze der Markumwertung anzupassen. Es verursachte naturgemäß in den Kommunen einen heftigen Kampf, die widerstrebenden Interessen miteinander in Einklang zu bringen, und da die Beratungen sich in die Länge zogen, wurden inzwischen die Vorschläge des Februar, die eine Erhöhung der Steuerätze um das 4fache vorschlugen, durch die weitergehende Markumwertung

überholt. Der neue Gesetzentwurf fasste zunächst eine 120fache Erhöhung ins Auge, man einige sich jedoch in den heute maßgebenden Parteien auf eine durchschnittliche Erhöhung um das 100fache, wobei für den kleineren Besitz eine Degression bis auf eine 50fache Erhöhung, für die großen Güter eine Progression eintritt, die das 200fache der bisherigen Steuer nicht übersteigen darf. Selbstverständlich machen die einzelnen Gruppen auch heute noch Einsprüche und wünschen Degression wie Progression zu verändern. Aber da nun einmal ein Abkommen zwischen der Bauernpartei der Pfaffen und den Rechtsgruppen getroffen worden ist, so haben die heute noch vorgenommenen Diskussionen einen praktischen Wert eigentlich nicht mehr. Es ist sicher, daß der Gesetzesvorschlag in der jetzigen Form angenommen werden wird.

Das Gesetz sieht eine Neubeurteilung der einzelnen Besitzungen vor, was zwar unumgänglich nötig ist, aber wohl vorläufig kaum durchgeführt werden wird. In seiner jetzigen Form birgt es schwere Ungerechtigkeiten. Es gibt Güter im ehemals preussischen Gebiet, deren Steuerbelastung noch aus den 60er Jahren stammt, also sehr niedrig ist, während Ansetzungen neueren Datums die höheren Steuersätze zu zahlen haben. Mit der hundertfachen Erhöhung vergrößert sich auch der Unterschied in der Besteuerung um das Hundertfache. Auch sind die Erträge der einzelnen Besitzungen außerordentlich verschieden. Sie variieren von 3 bis 8 Zentner Roggen. Rechnet man noch die Wirtschaftskosten ab, so ergibt sich bei einem Roggenpreis von 70 000 M. pro Zentner ein so niedriger Gewinn, daß man die Steuer in normalen Fällen auf 90 Prozent veranschlagen kann. Das Ergebnis der neuen Steuer wird zwischen Staat und autonomen Verwaltungskörperschaften geteilt. Ganz befreit von der Steuer bleiben Besitzer mit einem Einkommen bis zu 2 Millionen Mark.

Aus der polnischen Presse.

„Das Heer ohne Führer.“

Der sensationelle Aufsatz in der militärischen Zeitschrift „Polska Brojna“ (Organ des Kriegsministeriums), für den der Offizier, der diese Zeitschrift redigiert, disziplinarisch bestraft wurde (vgl. „Posener Tagebl.“ Nr. 125), lautet in deutscher Übersetzung:

„Am Tage der Übernahme der Regierungsgewalt durch das neue Kabinett Witos sind drei Männer, die die ideale Hauptstütze des neuzeitlichen polnischen Heeres bildeten, zurückgetreten: Pilsudski, Siforski und Sosnkowski. Wir wollen hier nicht die Gestalten dieser Soldaten in der Kriegszeit behandeln. Es genügt uns, ihre Tätigkeit von dem Augenblick des Friedensschlusses im Osten zu analysieren, um uns mit voller Klarheit dessen bewusst zu werden, was die zurückgetretenen Generale waren.“

Marshall Pilsudski war seit 1921 der Vorsitzende des engeren Kriegsrates, ein General, der für den Kriegsjahr zum Oberbefehlshaber vorgesehene war. Außerdem war er seit Dezember 1922 zugleich Generalstabschef. Er war im vollsten Sinne des Wortes ein Führer mit voller Autorität, die er nicht am grünen Tisch oder bei Friedensmanövern erwarb, sondern als Führer, der unter ungewöhnlich schweren Bedingungen das Heer zum Siege führte. Er war auch der eigentliche Schöpfer und Führer des nationalen Heeres, das unter Bedingungen geschaffen wurde, die in der Geschichte nicht ihres gleichen haben. Das Volk legt sich nicht genügend Rechenschaft ab über die Organisationsbedingungen für das Heer und weiß die bis zum heutigen Tage bestehenden Schwierigkeiten nicht richtig einzuschätzen. Es sieht auch nicht, wie das Heer alle Drangsale ohne Murren ertragen und seinem Führer gehorcht war.

General Sosnkowski war als Kriegsminister theoretisch der Vorgesetzte des Marshalls, faktisch sein erster Berater. Beide verband eine aufrichtige Freundschaft aus früherer Zeit, eine Freundschaft, die in Kriegsnöten und gemeinsamen Mühseligkeiten erprobt war.

General Siforski, der erste Generalstabschef des Friedensheeres, bereitete als Stellvertreter des Ministers und Vollstrecker der Aufträge des Vorsitzenden des engeren Kriegsrates das Heer im Sinne ihrer Direktiven zu künftigen Kriegsoperationen vor.

Die Arbeit dieser drei Generale, die auf den guten Willen und die vortreffliche Mitarbeit des vereinigten Offizierskorps gestützt war, erzielte unter aktiver Beteiligung der französischen Mission auf dem Gebiete der Ausbildung — man kann das ohne jede Übertreibung sagen — vortreffliche Resultate. Unsere großen Freunde, Koch und Lord Cavan, haben die Vorzüge des polnischen Heeres erkannt und ihm weitere Entwicklung auf dem besten Wege gewünscht. In dieser Entwicklung haben sie die Sicherheit und das Glück unseres Vaterlandes gesehen. Deshalb können die drei Generale mit wahrhafter Befriedigung auf das vollbrachte Werk schauen; aber diejenigen, die von der Sorge um

das Wohl des Heeres und des Vaterlandes bewegt werden, müssen sich die Frage stellen, wie das weitere Schicksal des Heeres sein wird. Diese Frage ist um so wichtiger, als die bisherige Richtung der Arbeit im Heere von 1918 an bis zum heutigen Tage unverändert geblieben ist. Ebenso wie vor dem Heere, so steht auch vor der Allgemeinheit der auf die Staatsverteidigung bedachten Bürger die besorgniserregende Frage, was heute die Gewähr dafür sein wird, daß diese das Heer zur Vollenbung führende Richtung, die dem Staate vollen Schutz verbürgt, beibehalten wird, und daß die folgenden Generationen nicht die Grundlagen für das Bestehen des Heeres erschüttern. Heute steht das Heer zum ersten Male seit 1918 ohne Führer da. Man sucht ihn und man braucht ihn, wenn man nicht aus dem Körper die Seele reißen will, und wenn man wünscht, daß es lebt, gehorcht und handelt. Weshalb hat Marshall Pilsudski, der besser als ein anderer die Seele des polnischen Heeres kannte, das Heer in eine solche Lage gebracht? Weshalb hat er es einer Krise ausgesetzt? Wir kennen die Ursachen nicht, obwohl wir sie uns denken können. Aber das eine wissen wir bestimmt, daß der Mann, der Jahre hindurch Verleumdungen und Schmähungen in Wort und Schrift mit Schweiger ertrug, mit vollem Bewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl heute zurücktritt. Mit Vertrauen und soldatischer Unerschrockenheit nehmen wir an, daß die Motive, die ihn gezwungen haben, einen so schweren Entschluß zu fassen, triftig waren, und wir legen als der Teil des Volkes, der dem Vaterland sein Leben hingibt, mit wartendem Schweigen nicht unserem Führer sondern dem Volke die Frage vor: Ist es zulässig, Bedingungen zu schaffen, die das Heer seines Führers berauben, der es durch, zum Siege führte und allein in schwerster Zeit führen kann?

Einen Vorboten faszistischer Regierungen

steht der sozialdemokratische „Robotnik“ in der gegenwärtigen Regierung und in der neuen Mehrheit. Er schreibt: „Die neue Regierung soll die Vorbereitung sein für faszistische Regierungen in Polen. Aber die polnische Arbeiterbewegung wird es unter keinen Umständen zum Faschismus kommen lassen; sie wird sich die von ihr errungenen Rechte nicht entziehen lassen. Selbst wenn heute im Sejm die Schlächter und Verräter aus dem Lager der Volksparteier eine Zufallsmehrheit bilden, ist doch die wirkliche Mehrheit in Polen die Arbeiterbewegung und die Bauernschaft, und wer gegen die Interessen dieser beiden Stände handelt, ist ein Feind des polnischen Volkes und der sozialen Reformen und dadurch auch ein Feind der Unabhängigkeit Polens.“

Die Stellung der Juden zu der neuen Regierung

formuliert der „Mazj Praglad“ folgendermaßen: „Zu Mantelträgern der polnischen Linken lassen wir uns ebensovienig machen wie zu Anhänger der Rechten. Wir haben einen selbständigen Standpunkt eingenommen, wir haben den Weg unseres Nationalinteresses und unserer Bürgerpflichten betreten, damit zugleich den Weg der Interessen des Staates. Der Regierung Witos-Glabinski konnten wir unsere Unterstützung nicht versprechen. In einer Programmrede jagte der Nationaldemokrat Kosicki Worte, die als günstige Ankündigung verstanden werden könnten, wenn sie nicht eine Verhüllung des Gegenteils bedeuteten. Er sagte: „Wird die Wahrheit stracks in die Augen.“ Nichts wäre mehr zu wünschen, als daß der Wahrheit stracks in die Augen geschaut würde. Aber, was den politischen Freunden des Herrn K. als Wahrheit erscheint, das ist im besten Falle — eine optische Täuschung.“

Wie die „Gazeta Olsztyńska“ die Wahrheit enttastet.

In ihrer Nr. 90 (vom 27. April) hatte die „Gaz. Olszt.“ mitgeteilt, der Direktor des Allensteiner Gymnasiums, Gerk, hätte die Aufnahme eines Schülers wegen seiner Nationalität abgelehnt und hätte im Gespräch mit dem Vater dieses Schülers abfällige oder ironische Äußerungen über das Polentum getan.

Darauf hat der angegriffene Gymnasialdirektor unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes dem polnischen Blatt eine Berichtigung zugesandt, die in der Nr. 114 der „Gaz. Olszt.“ (vom 27. Mai) veröffentlicht wurde. Die Berichtigung lautet:

„In Nr. 90 der „Gazeta Olsztyńska“ vom 27. April 1923 findet sich eine Mitteilung über eine Unterredung, die der Direktor des hiesigen Gymnasiums mit einem Herrn Pacer aus Trzeczno, Nr. Stuhm, im April dieses Jahres im Zusammenhang mit der von Herrn Pacer gewünschten Aufnahme seines Sohnes Kasimir in die Sexta der Anstalt geführt hat. Da die Mitteilung Unrichtiges enthält, ersuche ich die Schriftleitung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme der folgenden Berichtigung in Ihrer Zeitung: Bei Beginn der Unterredung fragte ich den mir unbekannten Herrn nach seinem Namen. Er nannte ihn mir. Es ist möglich,

daß ich nicht sogleich verstanden und noch einmal gefragt habe, aber ich habe weder die Hand ans Ohr gelegt, was ja übrigens auch kein Verbrechen wäre, noch brauchte ich mich an ihn heranzutreten, denn ich stand unmittelbar vor ihm. Als ich seinen Namen erfahren hatte, fragte ich ihn, wieso er seinen Sohn nicht lieber in eine Anstalt schickte, die seinem Wohnort näher liege, wie z. B. Marienburg. Er gab mir folgende Antwort: Das habe die Gräfin Sierakowska und der polnische Schulverein so bestimmt. Es sei eine Anzahl von Knaben ausgewählt, die auf verschiedene Anstalten der Provinz verteilt werden sollten; sein Sohn sei für das Gymnasium in Allenstein bestimmt; die Kosten trage die Gräfin S. Darauf fragte ich ihn pflichtgemäß, ob er deutscher Staatsangehöriger sei. Er bejahte die Frage, und es wurde von beiden Seiten kein Wort mehr über diese Angelegenheit gesprochen. Er zeigte mir den Geburtschein seines Sohnes. Auf Grund dieses Scheines mußte ich ihm sagen, daß sein Sohn zu alt für die Sexta sei, ich dürfe nach den für mich verbindlichen Vorschriften überalterte Schüler nicht aufnehmen. Gleichzeitig empfahl ich ihm, sich, wenn er die Aufnahme wünsche, mit einem schriftlichen Gesuch an das Provinzial-Schulkollegium in Königsberg zu wenden; denn dieses habe allein über die Zulassung überalterter Schüler zur Aufnahmeprüfung zu entscheiden. Damit war die Unterredung beendet. Alle übrigen Angaben in der Mitteilung in Nr. 90 entsprechen nicht der Wahrheit. Weder habe ich Herrn Pacer (so, und nicht Pacer schrieb er sich in der schriftlichen Anmeldung) nach seiner Muttersprache gefragt (er sprach ja Deutsch mit mir, und ich hatte gar keinen Anlaß zu solcher Frage), noch habe ich gesagt: „Also doch Pole“, noch habe ich irgendeine Anspielung auf den Vornamen seines Sohnes gemacht, der in der Unterredung überhaupt nicht erwähnt wurde.“

Die Zurückweisung seines Sohnes erfolgte lediglich wegen der Überalterung, der Vorschrift entsprechend.

Zeuge während der kurzen Unterhaltung war Herr Gymnasiallehrer Surlau, der die Knaben (es waren außer dem Sohne des Herrn Pacer noch zwei andere) prüfen sollte. (gez.) Gerk, Studiendirektor.“

Die innerpolitische Entscheidung für Deutschland.

Wie der „Tag“ bemerkt, konzentriert sich die eigentliche innerpolitische Entscheidung, die für Deutschland bevorsteht, auf die Frage, wie sich die Fraktionen des Reichstages zu der Aufnahme der Note in den Entente-Staaten stellen. Vorläufig scheinen bei den Besprechungen der Parteiführer die Vertreter der Deutschen Nationalen starke Zurückhaltung geübt zu haben, während die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft die Note billigten und die Sozialdemokraten mit gewissen Vorbehalten auch zugestimmt haben. Eine starke Opposition macht sich im Reichsverbande der deutschen Industrie geltend, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Inhalt des Memorandums in der Garantiefrage wesentliche Veränderungen gegenüber den Vorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zeigt, und das in einer Richtung, die sehr stark den Wünschen der Sozialdemokraten entspricht. Gerade wegen dieser Änderungen, die vorläufig vertraulich bleiben müssen, aber bei Beurteilung der Note eine große Rolle spielen, läßt sich Bestimmtes über die innerpolitische Wirkung der Note noch nicht voraussagen.

Falsche Gerüchte.

Eine charakteristische Erscheinung, die schon vor der Abfassung der ersten deutschen Note zu beobachten war, ist das Aufkommen von verschiedenartigen falschen Gerüchten des deutschen Memorandums. Der „Manchester Guardian“ hatte angeblich nach einer verlässlichen englischen Quelle eine Nachricht gebracht, wonach die deutsche Antwort, von allen Einzelheiten absehend, nur eine Konferenz erbitten soll. Nach W. T. W. ist diese Meldung unrichtig. Der „Berliner Börsenkurier“ und das „Acht-Uhr-Abendblatt“ veröffentlichen ebenfalls, das letztere nach einer Wiener Quelle, Mitteilungen über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwort. Die Angaben sind in wesentlichen Punkten, wie eine halbamtliche Notiz von W. T. W. versichert, unrichtig. Die von dem wirklichen Inhalt der Antwort antizipierten Persönlichkeiten sind zum Stillschweigen verpflichtet. Vorzeitige Mutmaßungen seien daher zwecklos und könnten nach außen nur schädlich wirken.

blicke des Zusammenstehens mit Rainer. Er nahm sie schon auf dem Bahnhof in Empfang. Sie hatten die Tage gewählt, an denen seine Stunden in der Akademie früh zu Ende waren. Dann holte er sie wieder von dem Gesangsmeister ab, und sie hatten eine halbe Stunde Zeit, bis ihr Zug ging. Er kam immer etwas zu früh, um wenigstens im Nebenzimmer noch ihrer Stimme lauschen zu können, die er so oft nachts im Traum zu hören meinte. War das Wetter günstig, gingen sie zusammen spazieren.

Auch heute schritten sie in dem einsamen Tiergarten, in den schon durchsichtig werdenden Alleen auf und ab. Müde von den Sonnenküssen des Sommers fand ein einzelnes Blatt nach dem anderen zur Erde.

„Der Wald ist im Sterben besonders schön“, sagte Elise wehmütig.

Er zog ihren Arm durch den seinen und drückte ihn fest an sich: seine Blide suchten das liebliche Profil; das so fein geschnitten war; ein wildes Verlangen erfaßte ihn, die zart geschwellten roten Lippen wieder an den seinen zu fühlen, die langen seidigen Wimpern zu küssen.

„Else, es ist nicht mehr zu ertragen, daß wir uns immer diese flüchtigen Minuten sehen. Ich gehe zugrunde bei diesem Leben in steter Sehnsucht und Erwartung.“

„Kannst Du nicht einmal, wenigstens am Sonntag, zu uns kommen?“ bat sie. „Gans-Otto schilt schon sehr oft, daß Du uns ganz vernachlässigst.“

„Nein!“ sagte er hart und mit zusammengebißenen Zähnen, „das kann ich nicht. Ich kann nicht an meinem Tisch sitzen mit dem brennenden Wunsch, daß er in die Erde verschwände und Du und ich allein blieben. Ich könnte nicht unter einem Dach mit ihm atmen, wenn er Dich wieder in seiner rauhen Art behandelte. Wie oft, wenn das Blut in Dein weißes Gesichtchen flog, Deine Augen feucht glänzten, hätte ich ihn erwürgen mögen — meinen einzigen Bruder! Er ist mir nicht mehr Bruder, er ist nur noch das Hindernis, das zwischen uns und dem Glück steht. Ich kann jetzt nicht mit ihm zusammen sein. Ist er denn wenigstens etwas rücksichtsvoller zu Dir?“

(Fortsetzung folgt.)

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(39. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Else blieb in ihrem Stuhl zusammengesunken sitzen; ihre Schultern bebten vom verhaltenen Schluchzen; sie hielt das Gesicht in den Händen verborgen. Marlene stand hinter ihr und strich ihr, tröstend, wie man ein Kind beruhigt, über den dunklen Scheitel. „Frau Baronin, Herzenskind“, flüsterte sie, „der andere wäre der rechte gewesen, gelt?“

Else ließ die Hände sinken, ihr blaßes Gesicht erhob sich mit tieftraurigem Ausdruck zu der treuen Alten.

„Darüber wollen wir nicht sprechen, meine gute Marlene. Aber Du sollst wieder fort; nur noch kurze Zeit bist Du bei mir. Wenn „Er“ aus dem Manöver kommt, mußt Du wieder in Deinem Stiff sein.“

Die alte Frau wurde sehr bleich. „Weshalb denn?“ „Du hast die Kinder zu sehr verwöhnt; ich soll mich wieder mehr um sie kümmern, damit ich weniger Mühsal treiben kann.“

„Das kommt mir ganz unerwartet“, sagte die arme Alte mit zitternder Stimme. „Ich hatte gedacht, meine letzten Jahre nun in Deinem Hause beschließen zu können. Mich wieder von Dir und Wölschen zu trennen, das ist, als wenn mir das Herz zerschneiden würde. Es ist auch nicht wahr, daß ich die Kinder verwöhne; Annetti ist viel artiger geworden, seit ich hier bin. Er will Dir nur gern weh tun, das ist es.“

„Still“, flüsterte Else und streichelte die arbeitsharten Hände, die ihre Kindheit so treu gehütet hatten. „Das dürfen wir nicht denken; aber daß ich Dir all' Deine Mühe und Güte scheinbar so schlecht vergelte, das tut mir weh.“

„Du bist unschuldig; Du hast ja in Deinem eigenen Hause nichts zu sagen.“

Else sah so traurig aus, daß Marlene nur noch den Wunsch empfand, sie zu trösten. „Vielleicht dauert es gar nicht lange, bis ich zum dritten Male wiederkomme, ich hab's so im Gefühl.“

Wenn die Alte etwas im „Gefühl“ hatte, nahm sie jeden Zweifel sehr übel; Else lächelte melancholisch: „Wir wollen es hoffen.“

„Jetzt versuchst Du noch einmal zu schlafen“, bat Marlene. Wenn sie allein waren, verwandelte sie die Anrede „Frau Baronin“ wieder in das trauliche „Du“. „Wir haben ja noch ein paar schöne Wochen ungestört vor uns.“

Vor ihrer leicht erregbaren Phantasie gaukelten mögliche schwere Stürze im Manöver und ähnliche Unglücksfälle plötzlich verheißungsvoll.

Als sie an dem Hüde vorüberging, auf dem der Hausherr im Galatrod, die Brust bedeckt mit allerlei kleinstaatlichen Auszeichnungen, mit seinem Siegerlächeln hernieder sah, brohte sie ihm mit der Faust: „Du abscheulicher Bösewicht!“ Das erleichterte ihr zorniges Gemüt.

Die ersten weißen Fäden zogen durch die klare Herbstluft; der wilde Wein, der die Gartenmauer der Villa umrankte, färbte sich goldig und rot, auf den Beeten blühten die bunten Astern.

Das Manöver war beendet, und die schönste Zeit für die Reiterherzen begann. Die Felder waren leer, querselbein über die Stoppeln, hinter der klaffenden Meute her, gab es ein fröhliches Jagen.

Marlene war unter vielen Tränen geschieden. Else vermischte ihre treue Anhänglichkeit ebenso sehr wie ihre tatkräftige Hilfe. Die beiden lebhaften Kinder nahmen sie ganz in Anspruch; dazu kam die Zeit regster Geselligkeit auf dem Lande mit Jagd und Tanz. Sie durfte keine Jagd auslassen, Gans-Ottos Giselte feierte Triumphe, wenn seine Frau im roten Frack, der die mädchenhafte Anmut ihrer Figur auf das glänzendste hervorhob, immer die erste beim Galakt war, was dem Ruf seiner vortrefflichen Pferde sehr zustatten kam.

Außerdem fingen die Proben zu dem geplanten Theaterstück in ihrem Hause an, die immer mit einem Tänzchen endeten und bis tief in die Nacht hinein dauerten. Else strengte sich weit über ihre Kräfte an und wurde immer zarter und durchsichtiger. Klagte sie aber über Müdigkeit, war ihres Gatten unabänderliche Antwort: „Dann gib die Singstunden in Berlin auf. Die sind ganz unnütz, kosten schweres Geld und nehmen Dir zwei Tage in der Woche fort.“

Das aber konnte und wollte sie nicht; sie lebte von einer Stunde zur anderen in der Erinnerung an die paar Augen-

Die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ ist zwar über den Inhalt des neuen Memorandums unterrichtet, das Blatt erklärt aber, daß es sich aus nachstehenden politischen Gründen enthalten müsse, über den Inhalt vor seiner amtlichen Veröffentlichung Mitteilung zu machen.

Die amtliche Bekanntgabe des Textes ist endgültig auf Donnerstag festgesetzt worden. Die Veröffentlichung wird in den Freitag-Morgenblättern stattfinden.

Ein neuer interalliiert Konferenzplan.

In der englischen Presse wird viel von einem neuen Konferenzplan gesprochen. Es soll angeblich demnächst eine Konferenz zwischen den Vertretern der vier alliierten Mächte stattfinden. Wahrscheinlich sollen, wie bei der Spaar-Konferenz 1920 darauf sofort Verhandlungen folgen, an der die Deutschen teilnehmen. In englischen Kreisen sei, wie „Daily News“ schreibt, keine Neigung vorhanden, von den Vorschlägen des Bonar Law abzugehen. Nur einige der in ihm enthaltenen Ziffern mögen etwas abgeändert werden. Die Ruhrbesetzung habe das Ziel, Deutschlands sofortige Zahlungsfähigkeit zu vermindern, und aus diesem Grunde könne ein längeres Moratorium, als dies im Januarplan in Aussicht genommen wurde, notwendig sein. Die Forderung der Neutralisierung des Rheinlandes und die Streichung der interalliierten Schulden sollen auf der Konferenz erörtert werden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, Lord Robert Cecil habe seine Zustimmung zu wenigen einigen der Punkte des von General Spear ausgearbeiteten Planes für die dauernde Entmilitarisierung des Rheinlandes unter der Völkerbundkontrolle ausgedrückt. Es werde wohl keine leichte Aufgabe sein, eine Formel zu finden, der sowohl Frankreich als auch Deutschland zustimmen könnten. Bisher sei Poincaré sehr abgeneigt gewesen, Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zu erwägen, und auch Deutschland habe keine ausgesprochene Neigung gezeigt, ihm beizutreten, solange Amerika ihm nicht angeschlossen. Wenn jedoch das Reparationsproblem einmal geregelt sei, würde vielleicht das daraus entstehende Wohlwollen auf beiden Seiten den Weg für ein solches Abkommen ebnen, wodurch die Westmächte tatsächlich die Völkerbundgarantien unterschreiben würden.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, auf beiden Seiten des Kanals nehme der Eindruck zu, daß der Schlüssel für die augenblickliche Lage in Brüssel sei. Es sei daher, daß in den Augen der belgischen Regierung und zahlreicher einflussreicher Persönlichkeiten in Frankreich die Brüsseler Zusammenkunft der Ausgangspunkt umfassenderer Verhandlungen sein könne, von denen Großbritannien nicht ausgeschlossen werden könne.

„Westminster Gazette“ schreibt, die Frage der Sicherheit für Frankreich und Belgien könne nicht gelöst werden durch Grenzverletzungen oder militärische Vereinbarungen am Rhein. Die Versuche, sie durch derartige Methoden zu lösen, verbitterten nur die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und machten jede andere Lösung äußerst schwierig. Das Blatt ist der Ansicht, der Hauptpunkt, in dem, wie erwartet werden könne, McKenna eine feste Linie verfolgen werde, sei die Notwendigkeit für eine realistische Regelung des Reparationsproblems. McKenna habe Deutschlands Giltsschulden in Höhe einer sehr hohen Summe veranschlagt, und er habe keine übertriebenen Gedanken bezüglich des deutschen Einkommens aus Auslandsguthaben, wie einige Leute dies täten.

Die Forderungen der Verbündeten.

Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland.

Auf Grund von Äußerungen amtlicher Persönlichkeiten wird in der Pariser Berichterstattung der „Times“ mit größter Bestimmtheit betont, daß Frankreich die neuen deutschen Vorschläge in erster Linie unter politischen, nicht aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten prüfen werde. Frankreich werde nicht erlauben, daß Deutschland in der Note „Ja“ und im Ruhrgebiet „Nein“ sagt. Der passive Widerstand müsse also zunächst unter allen Umständen aufhören, und er sei ja unnütz geworden, da Frankreich durch nichts veranlaßt werden könne, gegenwärtig die Ruhr zu räumen.

Auch aus Äußerungen von bonner politischer Kreise geht hervor, daß die Frage des passiven Widerstandes in den nächsten Tagen abermals im Vordergrund stehen werde, und zwar nicht nur in bezug auf das Schicksal der deutschen Vorschläge, sondern auch bereits in bezug auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Antwort der Alliierten. Wenn die deutsche Note oder das deutsche Memorandum diese Frage nicht eindeutig übergeben sollte, so würde damit der Weg für Verhandlungen noch nicht geöffnet werden. Es ist dann vielleicht damit zu rechnen, daß Frankreich die englischen Wünsche nach einer gemeinsamen Antwort mit der Forderung beantwortet wird, daß die Alliierten zunächst gemeinsam von der deutschen Regierung das Aufheben des passiven Widerstandes verlangen möchten.

Wird eine solche Forderung von Paris aus gestellt, so wird sie, wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus London geschrieben wird, von London aller Voraussicht nach angenommen werden, da wie mehrfach berichtet worden ist, der französische Standpunkt in dieser Frage auf englischer Seite als gegebene Tatsache hingenommen wird. Die gemeinsame Antwort der Alliierten würde dann im wesentlichen auf die Forderung zur Kapitulation hinauslaufen.

Die rein politische Einstellung der französischen Auffassung bringt es mit sich, daß auch die Sicherheitsfrage in London mehrfach besprochen wird. Dabei tritt der englische Völkerbundplan, der bereits durch den Eintritt Lord Robert Cecil in das Kabinett mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck kam, immer mehr in den Vordergrund. Die Hauptwünsche einer Völkerbundkontrolle im Rheinlande sind bekanntlich: Neutralisierung, internationale Gendarmerie, Kontrolle der Eisenbahnen usw. Im „Daily Telegraph“ wird heute betont, daß es allerdings nicht leicht sein würde, die Standpunkte Frankreichs und Deutschlands in bezug auf den Völkerbund auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Aber wenn erit einmal die Reparationsfrage gelöst sei, so würde sich bei beiderseitigem guten Willen vielleicht ein Weg finden lassen. Dieses zu erreichen, sei die größte staatsmännische Aufgabe Baldwin und Lord Curzon.

Auf englischer Seite wird also weiterhin in bezug auf die Reparations- und die Sicherheitsfrage nicht mit einer Gleichzeitigkeit, sondern mit einer Nacheinanderfolge gerechnet, was in der Praxis daraus hinauslaufen würde, daß Deutschland gleichzeitig als Belohnung für seine nachgiebige Haltung in der Reparationsfrage und für sein Aufgeben des passiven Widerstandes die Erlaubnis erhalten wird, das Rheinland den Segnungen des Völkerbundes auszuliefern. — Die völlige Machtlosigkeit des Völkerbundes angesichts der Unterdrückung der bereits unter seinem Schutz stehenden Saarbevölkerung ist eine Warnung für Deutschland. Wenn die Alliierten tatsächlich gemeinsam diese politischen Forderungen an Deutschland stellen würden, dann wäre eine sehr schwierige Lage geschaffen. Deutschland würde unter Reichskanzler Cuno keinesfalls auf dies alles eingehen können und welche andere Regierung könnte jetzt nach fünfmonatigem Ruhrkampf derartig unbedingte Bedingungen unterschreiben? Wohl nur eine kommunistische. D. Schriftl.

Bestürnisse in der Tschechoslowakei.

Die letzten Vorgänge in Deutschland, insbesondere der katastrophale Sturz der Mark, stimmen auch die tschechoslowakische Öffentlichkeit ernst, sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen; war doch Deutschland bis jetzt der zweitgrößte Abnehmer tschechoslowakischer Waren. „Ein Deutschland mit Sonjettwährung“ müsse dem Bolschewismus verfallen“, so schreiben heute die

dem Außenministerium nahestehenden „Lidove Noviny“ und setzen ihre pessimistischen Betrachtungen in folgender Weise fort: „Cuno's neue Note an die Alliierten ist angesichts des Zusammenbruchs der Mark nicht mehr interessant. Bedeutsam wird nur die belgische Formulierung des Problems sein, die da lautet: Sprechen wir mit den Verbündeten! Die ganze Ruhr-Affäre erscheint als ein schmerzliches Intermezzo, ein zwar notwendiges, gewisses (?) Übel, aus dem wir aber so schnell wie möglich heraus müssen.“ Die Gelegenheit zur Erneuerung der Einheit der Entente sei da. Die neue englische Regierung sei zur Revision ihres Standpunktes bereit. Wozu also warten?

Stille Haltung Englands in der Saarfrage.

Auflösung der Saarregierung.

Nach den neuesten Meldungen wird England in der Saarfrage Frankreich gegenüber doch festbleiben und auf einer Unternehmung der Tätigkeit der bisherigen Regierung bestehen. Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ dröhelt: Eine Erklärung aus offiziellen Kreisen, die Dienstagabend ausgegeben wurde, besagt, daß die englische Regierung die Absicht habe, ihre Forderung nach Abhaltung einer Unternehmung über das Saarregime aufrecht zu erhalten, trotz des mündlichen Protestes von Frankreich. Lord Cecil wird den Antrag Englands auf der Völkerbundtagung vorlegen. Er wird die Unternehmung beantragen und, falls nötig, sogar den Vorschlag machen, die gegenwärtige Saarregierung aufzulösen. — England denkt an den Plan, das Rheinland in derselben Weise wie das Saargebiet zu internationalisieren und unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen. Dem deutschen Einpruch, den man dagegen erwartet, will England die Spitze abbrechen, indem es zeigt, daß es im Falle der Saarregierung nicht duldet, daß der Völkerbund nur als französische Kulisie benutzt wird und das Rheinland tatsächlich in französische Hörigkeit gerät. D. Schriftl.

Verflechtung des britischen Handels im Ruhrgebiet.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Köln schreibt, er erfahre von Vertretern wichtiger britischer Interessen, daß die Lage mit Bezug auf den britischen Handel mit dem Ruhrgebiet so schlecht sei wie nur je. Der Berichterstatter hebt hervor, daß die britische Handelskammer in Köln erkläre, daß die deutsche Regierung alles getan hat, was möglich war, um den britischen Handel mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet zu erleichtern. An Ort und Stelle sehe man, daß die Franzosen unter keinen Umständen Waren aus dem Ruhrgebiet herauslassen.

Befegung der Eisenbahn-Mittellinie des Ruhrgebietes.

Der große Zugriff der Franzosen auf den mittleren Teil der Eisenbahnen des Industriegebietes hat begonnen. Dienstag kurz nach Mitternacht rückten Abteilungen von französischen Alpenjägern auf die Eisenbahnlinie Herne-Wanne-Gelsenkirchen Hauptbahnhof-Katernberg-Altenessen und besetzten die gesamte Linie. Gleichzeitig wurden sämtliche Eisenbahner, die sich im Dienst befanden, festgenommen und im Laufe des Vormittags vor die Frage gestellt, ob sie im Dienste der Franzosen ihre Arbeit weiter ausüben wollen oder nicht. Die Vernehmungen der Arbeiter sind noch nicht abgeschlossen. Es erscheint in Deutschland selbstverständlich, daß nicht ein einziger dem französischen Befehl nachkommen wird. Mit der Befegung dieser Linie ist der mittlere Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebietes seiner Eisenbahnlinie beraubt worden.

Neue Bahnsperrung.

Bei Dintorf erfolgte abermals eine große Eisenbahnsperrung. Soweit bis jetzt bekannt, sind 66 Güterwagen und eine Lokomotive zertrümmert worden.

Deutsches Reich.

Verfälschung der Postgebühren?

Hersprecher siebenmal so teuer.

Der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium hielt eine Sitzung ab, in der er sich mit einer Vorlage für die am 1. Juli d. Js. beabsichtigte Gebührenerhöhung beschäftigte. Nach dieser Vorlage soll eine Erhöhung der Gebühren für Postkarten und Briefsendungen auf das Fünffache des jetzigen Betrages, für Paketsendungen auf das Doppelte, für Telegramme auf das Dreifache und für die Fernspreckgebühren auf das Siebenfache der jetzigen Gebühren festgesetzt werden. Bisher betragen die Sätze für Postkarten im Ortsverkehr 20 Mark, im Fernverkehr 40 Mark, für Briefe im Ortsverkehr 40 Mark, im Fernverkehr 100 Mark, für Pakete bis 3 Kilogramm in der Nahzone (75 Kilometer) 300 Mark, in der Fernzone (über 75 Kilometer) 600 Mark. Die Gebühren für Telegramme im Fernverkehr stellten sich bisher auf 160 Mark Grundgebühr, außerdem 80 Mark Vortagegebühr.

Die Unternehmung des Marksturzes. Am Dienstag hielt der Untersuchungsausschuß des Reichstages eine Sitzung ab, an der als Berichterstatter Reichsbankpräsident Hakenstein, die Staatssekretäre Bergmann, Trendelenburg und Schröder, der Staatskommissar für die Wäse Geheimrat Lippert, Geheimrat Kaufmann von der Reichsbank und Bankier Röh von Bankhaus Bleichröder teilnahmen. Vorsitzender ist der Zentrumsgesandte Lange-Hegemann. Dieser bittet die Presse, dem Ausschuß nicht mehr Bedeutung beizumessen als er tatsächlich habe. Zunächst berichtete Bankier Röh über die Stützungsaktion, bei der er als banktechnischer Berater mitgewirkt hatte. Er führt den neuen Fall der Mark auf den Mißerfolg der Dollaranleihe zurück. Geheimrat Lippert erklärte, nach der Rede des Außenministers v. Rosenberg vom 16. April habe die Schwächung der Mark an den Börsen von Amsterdam und London sich viel stärker gezeigt als in Berlin. Der sogenannte Einbruch der Stützungsaktion habe also vom Ausland seinen Ausgang genommen, dann erst sei das Inland nervös geworden und habe versucht, wieder Devisen zu kaufen. Sodann macht Reichsbankpräsident Hakenstein Angaben über die Devisenbestände der deutschen Wirtschaft. Er meint, daß mit einer Summe von 2 Milliarden Goldmark der Betrag der Devisenbestände wahrscheinlich stark überschätzt wird. Seit Mitte 1920 bis heute sei ein Passiv-Saldo der Handelsbilanz von etwa 6 Milliarden Goldmark eingetreten. Zur Abdeckung dieses Passiv-Saldos müßte die deutsche Kreditfähigkeit im Ausland stark angespannt werden. Es konnte also aus der Ausfuhr keine starke Reserve an Devisen angesammelt werden. Der Ausschuß beschließt dann, daß ihm die Namen der Firmen mitgeteilt werden sollen, gegen die auf Grund der Devisenverordnung vorgegangen worden ist. Auf eine Frage des Abgeordneten Helfferich (D. Nat.) erwidert Hakenstein, er schähe die Verschuldung Deutschlands, abgesehen von den Reparationslasten, auf rund 4 Goldmilliarden. Das Ausland verfüge über 10 Prozent des deutschen Aktienbesitzes, das mache etwa 800 Goldmilliarden aus. Der Verkauf deutschen Grundbesitzes an Ausländer werde auf 500 bis 600 Goldmilliarden eingeschätzt. Auf eine weitere Frage Helfferichs erklärt Hakenstein, daß eine dauernde Stützungsaktion für die Reichsbank völlig unmöglich sei. Die Länge der Aktion lasse sich überhaupt nicht übersehen.

Der Reichslandbund zur Garantiefrage. Über das Ergebnis der Vertreterversammlung des Reichslandbundes, die sich

mit der Stellungnahme zur Garantiefrage für die deutsche Erzeugungsnote befaßt, wird von der zuständigen Stelle folgende Mitteilung ausgegeben: Anlässlich der durch die Erklärungen der Industrie und der Gewerkschaften sowie die Absichten der Regierung geschaffenen Lage hat der Reichslandbund als hauptsächlichste Organisation der deutschen Landwirtschaft seine Vertreterversammlung einberufen. Das Ergebnis der von einheitlichem landwirtschaftlichen Geist getragenen Versammlung war der Beschluß, sich wie immer den Forderungen des Vaterlandes nicht zu verschließen und in einer Denkschrift an den Reichskanzler die Opferwilligkeit der deutschen Landwirtschaft zu bekunden. Würde durch Hergabe des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens das deutsche Volk von der Reinigung durch äußere Feinde befreit werden können, so würde es geschehen. Da aber diese Aussicht angesichts des Vernichtungswillens Frankreichs nicht im geringsten besteht, vielmehr die Gefahr droht, daß die heutige Politik keinen Eindruck auf die Feinde machen wird, ist die Opferwilligkeit der Landwirtschaft dadurch begrenzt, daß sie in der Lage bleiben muß, die Verantwortung für die Ernährung des deutschen Volkes in der kommenden Not zu tragen.

Die Geldquellen der Hochverräter. Die Verhandlungen im Münchener Hochverratsprozeß brachten Aufschlüsse über die Summen, die Frankreich und andere Geldgeber der Verschwörer aufgewendet hatten. Durch Oberleutnant Richter waren Professor Fuchs von Frankreich 100 Millionen Mark übergeben worden. Fuchs scheint tatsächlich von diesem Gelde keinen eigennützigen Gebrauch gemacht zu haben, sondern die ganze Summe wurde zum Teil an Mitwirkende verteilt, zum Teil kam sie in die Organisationsabteilung des Rufsches. Der Organisator des Ganzen, Kapellmeister Machhaus, der, wie gemeldet, Selbstmord verübt hat, erhielt 85 Millionen, Regierungsbaumeister Schäfer, Leiter des Bundes „Blücher“, 12 Millionen, der ehemalige Reichswehrmajor Mahr 8 Millionen. Für einen von Professor Fuchs gegründeten Verlag und für seine Handelsgesellschaft erhielt er von Freiherrn v. Cramer-Klett 150 000 M., von der Herzogin Carl 30 000 M., von einem Deutschamerikaner den gleichen Betrag. Auf eine Frage des Vorsitzenden, was er mit einem Schenk des französischen Oberleutnants Richter in Höhe von 1,2 Millionen Mark getan habe, behauptet Fuchs, daß dieses Geld reiflos in die Organisation geflossen sei. Der Vorsitzende stellt aber fest, daß die Organisation erst mehrere Monate später den Betrag von 250 000 M. erhalten habe.

Nächtliche Sitzung der Verschwörer mit Richter. Wie im Prozeß Fuchs festgestellt wurde, fand am 20. Februar 1923 eine Nachtigung statt, in der Fuchs und Machhaus mit Major a. D. Mahr, Kapitänleutnant a. D. Rauter und dem französischen Kommandanten Richter verhandelten. Wie Fuchs ausfragt, habe einer der Beteiligten gefragt, ob Frankreich wegen der Mißrafaktion ein unmittelbares Interesse an Vorschlägen in Bayern habe. Darauf habe Richter erwidert: „Ja, aber rasch, denn in wenigen Tagen kann dieses Interesse nicht mehr vorhanden sein.“ Der Verlauf der 1½ stündigen Sitzung zeigte immer mehr, daß es Frankreich einzig und allein darum zu tun war, das widerstandsfähige Reichskabinett Cuno zu unterminieren und zu stürzen, um dadurch im Ruhrgebiet freies Spiel zu haben. Ein Interesse an der Niederwerfung des Bolschewismus in Norddeutschland habe Frankreich nicht, wie Richter ausdrücklich auf Befragen erklärte. Damit entfiel eines der Hauptziele der Verschwörer Fuchs und Machhaus. Der Vorsitzende ruft dem Angeklagten Fuchs zu: „Und da sind Sie nicht aufgesprungen um zu erklären: Diesen Hochverrat mache ich nicht mit?“ Fuchs erwidert stichlich verwirrt, er habe immer im Dunkeln getappt (Gelächter), er wolle sich eben informieren. Die Frage des Vorsitzenden, warum sich Fuchs so sehr um Richters Sicherheit bemüht habe, beantwortet Fuchs ausweichend. Richter wurde die Nacht im Auto am nächsten Tage, dem 21. Februar, ermöglicht. Der Eindruck dieses Verhörs mit seinen zahlreichen Widersprüchen gegen frühere Aussagen ist äußerst ungünstig für Fuchs.

Sachsen erkennt die bayerischen Volksgerichte nicht an. Die sächsische Regierung hat eine außerordentlich bemerkenswerte Verordnung erlassen, und zwar richtet sich diese Verordnung gegen die bayerischen Volksgerichte. Nach der Ansicht des sächsischen Justizministeriums, an dessen Spitze immer noch Dr. Reigner steht, und der des Innenministers beruhen diese Gerichte nicht auf gesetzlicher Grundlage. Deswegen haben sie kurzerhand die sächsischen Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden angewiesen, die Rechtsbehelfsverfahren dieser bayerischen Gerichte nicht zu erledigen. Für diesen Zweck hat sich der Justizminister von seinem Ministerium ein Rechtsgutachten anfertigen lassen.

Wilder Streik bei der Berliner Hochbahn. Die Direktion der Berliner Hoch- und Untergrundbahngesellschaft verhandelte mit der Vertretung der Angestellten und Arbeiter über die Regelung der Löhne. Während die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern noch andauerten, wurde plötzlich um 12 Uhr mittags mitgeteilt, daß die Belegschaft der Werkstätten und des Kraftwerkes die Arbeit niedergelegt hätten. Damit war von Dienstag mittag 12½ Uhr der gesamte Hochbahnverkehr zum Stillstand gebracht. Der Streik fand statt auf Betreiben der kommunistisch-jüdischen Betriebsräte. Am Nachmittag beriefen die Gewerkschaftsvertreter eine Arbeiterversammlung, und nach heftigen Auseinandersetzungen wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Stromversorgung wieder aufzunehmen. Gegen 16 Uhr nachmittags konnten die Züge den Verkehr wieder aufnehmen. Hierauf wurden die Lohnverhandlungen weiter geführt und führten zu einem günstigen Ergebnis.

Protest gegen die französischen Forderungen über Deutschland. Der deutsche Ausfahrtsrat in Dresden nahm eine Entschließung an, in der gegen die Annahme einer französischen Privatgesellschaft protestiert wird, die sich anmaßt, den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwider deutsche Gebiete zu überfliegen. Es wird eine strenge Anwendung der deutschen Gesetze gegen die Schuldigen verlangt.

Probeflug von Berlin nach Moskau. Ein neuer Typ einer Salonflugmaschine „Holler 6“ fuhr am Dienstag nach mehreren kleineren Probeflügen zum erstenmal von Berlin nach Moskau. Das Flugzeug kann sieben bis acht Reisende mitführen. Bei dem Probeflug führte es den russischen Botschafter in Berlin Krekinstki an Bord, der seine Dienstreisen nach Moskau fast ausschließlich im Flugzeuge zurücklegt.

Aus aller Welt.

Die Ermordung des Kardinals von Saragossa erregt in Spanien großes Aufsehen. Der Kardinal war allgemein geachtet und beliebt und kümmerte sich gar nicht um Politik und soziale Klänge. Als Senator ergriff er im Oberhaus das Wort nur über Unterrichtsfragen. Der Kardinalerzbischof stand im Alter von 80 Jahren. Die beiden Mörder konnten bisher noch nicht verhaftet werden.

Das Alkoholmonopol in der Schweiz. In der Schweiz fand eine Volksabstimmung über einen Gesezworschlag statt, der die Erweiterung des Alkoholmonopols vorsieht. Die Vorlage wurde verworfen.

Kommunalwahlrecht der Frauen in Italien. Mussolini hat dem Gesezworschlag zugestimmt, der bestimmten Kategorien von Frauen bei Kommunalwahlen das aktive und passive Wahlrecht verleiht, ebenso dem Wahlreformvorschlag für die politischen Wahlen.

Die Kaiserin Rita soll die Absicht haben, sich in Italien anständig zu machen. Die Brüder der früheren Kaiserin, die Prinzen Felix und Franz von Bourbon Parma, werden die italienische Regierung um die notwendige Erlaubnis ersuchen.

Am 26. Mai d. J. starb nach langer schwerer Krankheit unser

Vorjüngender

[7342]

Herr Landwirt Heinrich Büngeler

Sosniezyn.

Der Entschlafene hat lange Jahre unsern Verein treu geführt, der mit seinem Hinscheiden einen schweren Verlust erleidet.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Der deutsche Bauernverein Sosniezyn.

Allen, die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen durch Trostspruch, Blumenpende und Anwesenheit ihre warmherzige Anteilnahme zeigten, sagen wir hiermit herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pastor Grenlich für die trostreichen Worte am Grabe.

Paul Siegmund
und Kinder.

Poznań, den 7. Juni 1923.

Gelehrter Gärtner
übernimmt noch das Zurecht-
machen von Schrebergärten
Balkongärten, Parterren.
Auch werden Gärten usw.
in laufende oder zeitweise
Pflanze genommen.
M. Kanikowski, Poznań,
ul. Szamarzewskiego 13/15.
Gartenhaus I.

Witwer, 51 J. alt, D.-R.,
Siedemh., in guter Stellg.
sucht Bekanntschaft einer Dame
nicht über 45 J., m. Verm.
zwecks baldiger
Heirat,

entf. nach Uebereinkunft auch
sonst. Gegen. Vorst. Ver-
schwiegenheit Ehren. Briefe
m. Bsp. abg. bis 25. d. M. u.
M. S. 7442 a. d. Geschäfts-
stelle d. Bl. erbeten.

Zeitungs- bezieher,

welche unser Blatt
durch die Post er-
halten, müssen bei
Unregelmäßigkeiten
in der Zustellung
oder bei einer über-
siedlung nach einem
anderen Ort, über-
haupt in allen An-
gelegenheiten, die
den Bezug betreffen,
sich stets

an das Post-
amt wenden,

welches die Zu-
stellung der Zeitung
an dem Wohnort
des Lesers zuletzt
bewirkt hat.
Nur im Falle, daß
das Postamt ver-
sagt, den Reklam-
ationen wegen
nicht pünktlicher
Zustellung nachzu-
kommen, bitten wir,
eine Beschwerde an
die Geschäfts-
stelle in Poz-
nań, ul. Zwierzy-
niecka 6 zu richten.
Das „Posener Tage-
blatt“ kann zu jeder-
zeit bestellt werden.

Andacht in den
Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 8. Juni, abends
7 1/2 Uhr.
Sonntag, morgen 7 Uhr.
vorm. 10 Uhr mit Men-
schenverehrung (Zam-
misch) und Predigt.
nachm. 4 1/2 Uhr Mincha mit
Jugendandacht u. Predigt
Sabbatandacht abends 9
Uhr 14 Minuten.

Werktags-Andacht.
Morgens 6 1/2 Uhr und abends
7 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends, vom Sip-
pur Koton.
Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.
Freitag, 8. Juni, abends
7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 9. Juni
vorm. 10 Uhr.

Wir bieten antiquarisch
gut erhalten zum Kauf an:
162 Bände, gebunden,
Bibliothek der
Unterhaltung und des
Wissens.
Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.,
Poznań,
Zwierzywiecka 6.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
T. A., Poznań, ul. Zwierzywiecka 6, Abteilg.:
Verlags-Buchhandlung

Liefert jetzt direkt an die Besteller folgende
neue Werke und Zeitschriften:

M. Dreyer, Kapitän Hofmanns Opfer. Komödie.
Silberer, Der Aberglaube.
Flammarien, Der Tod und sein Geheimnis.
R. Vohs, Das Haus der Grimaldi. Roman.
Münchhausen, Räuber, d. Geist des Riesengebirges.
Die Unbesiegbaren, Worte deutscher Denker.
Driesch, Wissen und Denken.
Dr. Eilenstein, Nervöse Herzerkrankungen und ihre
Behandlung.
Geistler, Die Musikantenstadt. Roman.
Dr. Buschan, Menschenkunde.
Wunder, Die Elektrizität im täglichen Leben.
Die Musik, Maiheft 1923.
Paquet, Der Rhein, eine Reise.
Seitensatz für das Jahr 1924. Ausg. A.
vollst. Ausg.
Comer, Der Schlüssel der Zukunft.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und
Klasing's und Weiermann's Monatshefte. —
Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. —
Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. —
Der Bazar (Frauen-Modenblatt). — Vobachs Frauen-
und Modenzeitung. — Elegante Mode (Wöchentlich).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern,
Zeitschriften und Musikalien bitten wir
direkt an uns

zu senden!
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzywiecka 6.

Wer gibt mir einen guten Voch
zum Abschluß?
Entf. Vergütung nach Uebereinkunft.
von Bogen, Brzezle, p. Pleszew.

Jagdrecht.

Gebe hiermit bekannt, daß am 15. Juni d. J., nach
mittags 2 Uhr im Gasthof Allinger, Budziszewo

die Gemeindejagd

öffentlich meistbietend verpachtet wird.
Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

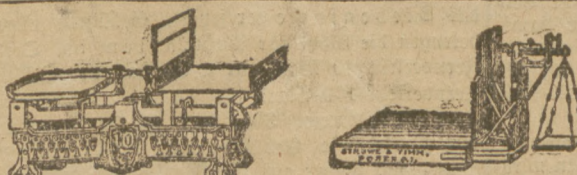
Gemeindevorsteher Wendorf.

Lokomobilen.

Ich habe preiswert abgegeben:

- 1 Lokomobile Lanz, Baujahr 1909, 10 Atm.
Betriebsspannung,
19,207 qm Heizfläche, Ventilsteuerung.
- 1 Lokomobile Flöther, Baujahr 1894, 7 Atm.
Betriebsspannung,
19,69 qm Heizfläche.
- 1 Lokomobile Bansomes, Baujahr 1900,
7 Atm. Betriebs-
spannung, 18,93 qm Heizfläche.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.



Spezial-Reparaturwerkstatt für
Wagen sämtlicher Art
und Größe

sowie neue und gebrauchte Wagen vorrätig.
Struwe & Timm, Poznań, ul. Półwiejska 25.
Telephon 2732.



in erstklassiger Qualität liefern
Sander & Brathuhn
Poznań, ul. Seweryna Mielżyńskiego 23, Telef. 7019

Achtung! Molkereien und
Händler! Achtung!

Kaufe jeden
Posten trocknen Quark
und zahle die höchsten Tagespreise. Kasse nach Wunsch.
Kaufe auch die ganze Produktion von Molkereien.

Jost, Käsefabrik, Szezepankowo, powiat
Szamotyły.

22000 Mark

zahle 1 Pfd. Roßschwanzhaare,
für 1 Pfd. Roßschwanzhaare,
auch alle Sorten Felle, Schafwolle, Bienenwachs kauft
die Woll- u. Fellhandlung Poznań, Sm. Marcin 34.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 7. 6., abends 7 1/2 Uhr: „Die ver-
kaufte Braut“, komische Oper von
Smetana.

Sonntag, den 9. 6., abends 7 1/2 Uhr: „Cohengrin“,
Oper von Wagner.

Billetvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górecki
im Hotel Monopol. Gde ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

Arbeitsmarkt

Gesucht zum 1. Oktober d. J. [7488]

zuverlässig. Beamten

auf 1600 Wrg. groß. Gut Woj. Poznań
der deutschen und polnische Sprachen in Wort und Schrift
mächtig. Gehaltsansprüche, Lebenslauf und Zeugnisabschriften
mit Bild erwünscht.

Willy Jaeckel, Dom. Marynka, Post Liskowo,
Ar. Bydgoszcz.

Deutsche Herrschaft

sucht per 1. Juli jüngeren, tüchtigen, verheirateten

Brennereiverwalter.

Zeugnisabschriften, Lebenslauf, Gehaltsforderungen unter
W. Z. 7467 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger Mann, Sohn achtbarer Eltern, kann in
hier. Genossenschaftsmolkerei
sofort oder später als [7496]

Molkereilehrling eintreten.

Molkerei-Genossenschaft „Concordia“,
Sroczyn, p. Kiszewo, pow. Gniezno.

Suche zum 1. Juli d. J. erfahrene, evang.

Wirtin oder Stütze,

die im Gutshaushalt bereits tätig war. Zeugnisse, Bild
und Gehaltsforderung an

Frau Gutsbesitzer Weise,
Bielawy bei Kossowo, Kreis Leszno.

Gesucht für Schloßhaushalt

schneidernde

Jungfer

mit erstklassigen Zeugnissen für per bald oder 1. Juli

Zufüßten erbeten an das

Rekamt in Jarocin.

Deutsches Hotel (mittl. Kleinstadt)

sucht per sofort oder später

perfekte Köchin.

Zwei Küchenmädchen zur Hilfe vorhanden. Offerten mit Bild
und Gehaltsansprüchen unter „Hotel 7455“ an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Nach Sztudla, Post Ku-
harki, Kreis Pleszew, Po-
znań, suche ich zum 1. 7. 23
oder später für meine Kinder
von 10, 8 und 6 Jahren
eine Kinderliebe [7491]

Erzieherin

(Vehrtätigkeit). Bewerberinnen
mit erstklassigen Befähigungs-
nachweisen möchten diese
senden an

Frau von Langendorf,

geb. von Beder,
z. St. Sanatorium
Ulrichshöhe bei Reichen-
bach in Schlesien.

Deutsche
Stenotypistin
(Anfängerin).
sucht ab 1. 7. 23 Stellungs-
auch nach auswärt. Angeb.
unt. 7373 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtiger energ. Forstmann und Jäger
sucht vom 1. Juli d. J.

Stellung als Revierförster oder Förster.

Langjähr. gute Zeugnisse forstlicher Autoritäten. — Gest. er-
gebote unt. L. 7469 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Meister, erfahrener

Brennereiverwalter,

gelernter Kupferfächler, deutsch u. polnisch sprechend, welcher
Reparaturen selbst ausführt und höchste Ausbeute erzielt.
sucht vom 1. Juli oder später Dauerstellung im gew.
Betriebe. Gest. Offerten erbeten

B. Neldner, Łaszewo, pow. Świecie (Pomorz.)

Speicherwagen

Gewicht v. 200 bis 500 Kilo Tragkraft
mit Hilfsaufgewicht bis 6 Kilo.

Milchkannen

Milchkannengummiringe
liefert sofort ab Lager

Woldemar Günter,

landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel,
Felle und Öle.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 52—25.

Gut erhaltene, 1923 geeichte

Biehwage

mit Schiebengewichten, samt verschleißbarem Bretterschuppen
am Bahnhof Ritschenwalde (Ryczywół) stehend, ist
preiswert zu verkaufen. Dasselbe steht auch eine Brutmaschine
zum Verkauf. Näheres bei

J. Ruschin, Ritschenwalde.

Ernte-Pläne

und
wasserdichte Pläne,
Leinen-Säcke,
Leinen (bunt) imprägnierte
für Automobil-Buden
empfiehlt zu Fabrikpreisen

Leon Adamczewski,
Poznań, ul. Głogowska 76. Tel. 6306.

Vertreter der Plan-Fabrik N. Zomsz, Warszawa.
Auf Wunsch lege ich Muster vor.

Kaufe jeden Posten

Blaubeeren und

Sauerkirschen

gegen Kasse frei Waggon jeder Bahnstation.
Pächter wollen sich rechtzeitig melden.

Robert Weber, Nowy Tomyśl.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Parte)
für den Monat Juni 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Strasse

Aus Stadt und Land.

Posen, 7. Juni.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung unterschied sich von früheren Sitzungen dadurch, daß sämtliche Punkte der Tagesordnung zur Sprache kamen, und daß die Sitzung mit einer etwas geringeren Verspätung begann, als es bisher der Fall war.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Versammlungsleiter Dr. von Mierowski mit, daß Stadtv. Krzyżaniak wegen Überlieferung nach Warschau sein Mandat niedergelegt habe.

Nach Erledigung einer Wahlangelegenheit durch den Vorsitzenden ergriff Stadtv. Dr. Starb das Wort um gegen eine angebliche Benachteiligung städtischer Arbeiter durch den Magistrat Klage zu führen. Er warf dem Magistrat vor, daß er den Paragrafen von den Überstunden und der Sonntagsarbeit nicht achtete, indem er die Arbeiter um die im Tarif vorgesehenen Zuschläge beraubte. Die Gewährung von Freistunden in der Woche sei kein Ersatz für Mehrarbeit, für die nach Tarif doppelter Lohn steht, es sei denn, daß für eine Überstunde zwei Freistunden zugestanden werden, was ungefähr das Gleichgewicht herstellen würde. Überdies dürfe der Magistrat nur dann zu Überstundenarbeit heranziehen, wenn es das öffentliche Interesse dringend erfordere.

Stadtrat Nowicki wies darauf hin, daß Lohnkonflikte zwischen den Arbeitern und der Stadt durch die dazu eingesetzten Ausschüsse erledigt werden, nicht daß sich die Arbeiter direkt an die Organisation wenden. Dem Magistrat sei noch keine Beschwerde schriftlich zugegangen. Im übrigen sei niemand zur Arbeit gezwungen worden. Die Heranziehung zu Straßenarbeiten sei auf Grund freiwilliger Abmachungen geschehen, die nach dem Tarif zulässig seien. Außerdem mache der Magistrat keinen Unterschied zwischen Fabrikarbeit und gewöhnlicher Straßenarbeit.

Stadtv. Dr. Starb kündigt darauf weitere Schritte des Zjednoczenie Pawłowe Polskie an.

Stadtrat Nowicki entgegnet, daß sich eine Antwort auf die Interpellation des Zjednoczenie Pawłowe Polskie in Vorbereitung befinde.

Stadtv. Komarowski von den freien Gewerkschaften unterstützt den Stadtv. Starb in tatkräftiger Weise.

Stadtv. Sieradzki verurteilte die Tarifauslegung des Magistrats und betont, daß die spärlichbestimmten Ausschüsse, sei es vom Direktor, Inspektor oder gar Deputierten, terrorisiert werden. Der Magistrat müsse die Lohnbestimmungen des Kontrakts unbedingt beachten.

Die Aussprache über die Lohnangelegenheit endete mit der Bitte an den Magistrat, für die Befriedigung der Forderungen der Gewerkschaften Sorge zu tragen.

Eine weitere Anfrage.

Stadtv. Cizak brachte darauf eine Interpellation ein, die einen politischen Hintergrund hatte. Es handelte sich um einen Gasgelderheber, dem wegen einer Dienstverletzung eine Ordnungsbüße von 10000 Mk. auferlegt wurde, mit der Androhung der eventuellen Entlassung im Wiederholungsfall. Stadtv. Cizak hat den Eindruck, als ob es sich um eine Vergeltungsmaßnahme handle. Der bestrafte Gasgelderheber soll sich zur Zeit der Wahlkampagne gemeldet haben, für den Wahlfonds der Liste 8 zu sammeln. Stadtv. Cizak glaubt die damalige Begegnung mit dem jetzigen Verfahren des Gasgelderhebers gegenüber miteinander in Zusammenhang bringen zu können.

Als der Redner das Wort „Chyba“ (soviel wie Hyäne) gebraucht, erhält er vom Stadtv. Bugzel von den Christl. Demokraten eine scharfe Antwort.

Stadtv. Katakowski verspricht genaueste Untersuchung der Angelegenheit des Gasgelderhebers.

Nach einigen Mitteilungen über die Marcinowski-Festlichkeiten am Sonntag tritt man nunmehr in die Beratung der Tagesordnung ein.

Persönliche Angelegenheiten.

In den Straßenausschuss zur Prüfung der Kohlen-Maßel wurde an die Stelle des zurückgetretenen Stadtv. Krzyżaniak der Stadtv. Wybieralski gewählt.

Die vom Magistrat beantragte Verlegung der Kassenleiter der städtischen Licht- und Wasserwerke aus der dritten in die zweite Gehaltsklasse, die auf der Mehrarbeit infolge der höheren Umsätze begründet wird, findet keinen Anklang. Dagegen wird ein Antrag des Finanzausschusses, die Kassenleiter auf andere Weise zu entschädigen, etwa durch Gratifikationen, einstimmig angenommen.

Darauf wird ein Kredit von 96 Millionen für die Bewirtschaftung des Gutes Raramowice bewilligt.

Auf eine Anfrage des Stadtv. Turton erklärt der Stadtv. Präsident, daß kein Grund vorliege, über die Bewirtschaftung des Gutes Klage führen zu müssen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf ein Kanalbauvorhaben.

Es handelt sich um die Verlängerung des Abflussschlauchs (fr. Graben) vom Eichwaldtor bis zur Warthe. Bisher soll in diesem Jahre der Bau von 100 m in Angriff genommen werden. Dazu sind 145 Mk. nötig. Man erwartet, daß die Regierung zwei Drittel der Kosten tragen wird, deshalb, weil die Ausführung des Projekts zweifellos der Arbeitslosigkeit steuern wird. Die durch den Bauplan in ihren Interessen bedrohten Fischer würden vielleicht einen Prozeß anstrengen, aber eine etwaige Entschädigungssumme dürfte doch nicht so groß ausfallen, daß sie eine schwere Schädigung für die Stadt bedeuten würde.

Das Bauprojekt wurde in seinen Einzelheiten von der Versammlung genehmigt und der Magistrat beauftragt, mit der Regierung Verhandlungen über die Gewährung einer Subvention von 96 Millionen zu führen.

Auf Punkt 5 der Tagesordnung folgte wieder eine Kanalisationsangelegenheit.

Die Vorlage betraf die Kanalisation der Straße, die die ulica Kolna (fr. Ackerstraße) mit der ulica Saposta (fr. Pionierstraße) verbindet. Der für den Kanalisationsplan geforderte Realisationskredit wurde bewilligt.

Stadtv. Wallenfiedt berichtete dann über die Einrichtung einer Pumpstation in Gurtichin, die eine Ausgabe von 126 Millionen Mark nötig macht. Die Vorlage wurde angenommen.

Es folgten zwei Titelverfälschungen.

1. des Tiefbaubudgets für 1922, 2. des Budgets der städt. Badeanstalten.

Stadtv. Turton wies bei dieser Gelegenheit auf beklagenswerte Zustände in der Wildauer Badeanstalt hin.

Die Badeanstalt auf dem neuen Markt wird, wie der Stadtv. Präsident Katakowski in seiner Antwort betonte, am 15. Juni nach der Aufräumarbeit wieder eröffnet werden.

Nachdem der Bilanz des liquidierten Kartoffelamtes bestätigt und die Angelegenheit des Kaufs von Grundstücken für eine Alterssicherung im Sinne des Ausschusses erledigt worden waren, wurde die einstündige Sitzung geschlossen.

Noch einmal die Schülerpensionen.

Uns wird geschrieben:

Als zu Beginn dieses Jahres die Pensionsmütter den Beschluß faßten, bei der Berechnung des Pensionsspreises die Notierung des Roggens am 15. jeden Monats zugrunde zu legen, taten sie dies, weil damals der Roggenpreis ein Stadtmessier für den Preis für sämtlicher Lebensmittel war. Inzwischen hat sich dies leider wieder geändert. Der Roggen ist gesunken, während die meisten anderen Lebensmittel weiter steigen, und der Preis von 4 Zentner Roggen deckt längst nicht mehr den Monatsbedarf eines Schülers. Deshalb haben sich die am 4. Juni wieder im Frauenbund versammelten Pensionsmütter genötigt, von dieser Regelung wieder abzugehen, und die früher stets angewendete Methode, die Berechnung des Pensionsspreises nach einer genauen Aufstellung des Lebensmittelbedarfs auszuführen, wieder aufzunehmen. Für den Monat Juni wurden 32000-34000 Mark für angemessen erachtet. Allerdings ist dabei vorausgesetzt, daß die Zahlung pünktlich einläuft. Grundsätzlich machen es sich viele Eltern noch immer nicht klar, wie viel leichter eine Hausfrau wirtschaften kann, die zu Beginn des Monats eine größere Summe in der Hand hat, wie schnell die Preise sich verändern, und daß eine unplanmäßige Zahlung notwendigerweise zu einem Defizit führen muß. Die Pensionsmütter beschließen deshalb, in Zukunft dem Beispiel eines größeren Institutes in Posen zu folgen und Verzugszinsen zu erheben. Eine andere Frage wird in diesen Monaten brennend. Das ist die nach der Zahlung des Pensionsspreises während der Ferien. In früheren Zeiten war es ganz selbstverständlich, daß die Ferienmonate mitbezahlt wurden. Bei den gegenwärtigen zusammenhängenden Ferien von zwei Monaten können sich die Eltern schwer mit dem Gedanken abfinden, daß die Wirtschaftsführung des Pensionshaushaltes auf die Zahlung des Pensionsspreises durch 12 Monate hindurch nicht verzichten kann. In diesen Monaten muß die Hausfrau Obst und Gemüse für den Winter einkochen und einen, wenn auch noch so geringen Vorrat an Heizmaterial schaffen. Dazu ist sie nur imstande, wenn sie eine größere Summe zu ihrer freien Verfügung hat. Von den Kosten, die eine Instandhaltung beschädigter Möbel oder der Wohnung verursacht, was heutzutage dem Mieter ja allein obliegt, ist dabei noch keine Rede. Ebenso wenig von einem Verdienst für die Pensionsmütter selbst, der, so wie die Dinge heute einmal liegen, höchstens in diesen Ferienmonaten erzielt werden kann. In den Kontrakten, die die Pensionsmütter mit den Eltern ihrer Zöglinge eingegangen sind, ist die Zahlung des vollen Pensionsspreises während der Ferienmonate ausdrücklich ausgemacht. Aber auch wo ein solcher Vertrag nicht vorliegt, müssen sich die Eltern der Schüler zu dieser Zahlung verpflichten fühlen.

Einrichtung.

Seine irdische Hülle gefunden hat heute das entsetzliche Verbrechen von Piotrowo (fr. Schönherrenhausen) im Kreise Posen-Ost, das sich in der Nacht zum 13. Februar d. Js. abgespielt hat, und bei dem der Landwirt Peter Kosska mit seiner Familie, und zwar seiner Frau, seiner 9-jährigen Tochter, seinem 6-jährigen und seinem 1 1/2-jährigen Sohne, seiner 18-jährigen Dienstmagd Maciajst und seinem 16-jährigen Knecht Jan Kopa aus Posen, von dem 24-jährigen Schlosser Anton Sobczak aus Bomblin, Kreis Obornik, der sich einige Tage bei Kosska als Knecht verdingt hatte, ermordet und beraubt wurde. Sobczak war dann am 13. April d. Js. von der hiesigen verstärkten Strafkammer sieben Mal zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Die Bestätigung des Urteils war am Sonntag hier eingetroffen.

Gestern, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, war dem Delinquenten eröffnet worden, daß der Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe, und daß das Todesurteil infolgedessen heute früh an ihm vollstreckt werden solle. Sobczak nahm diese Mitteilung mit Tränen entgegen, ob aus Mitleid oder seine furchtbaren Verbrechen, oder aus Furcht vor dem Tode, muß dahingestellt bleiben. Auf die Frage nach seinem letzten Wunsch bat er um einige Zigaretten; bekanntlich hatte er bei seiner Verurteilung den Wunsch geäußert, man möchte ihm am Tage vor seiner Hinrichtung die Wahl eines besonderen Essens freilassen. Bald nachdem ihm die Vollstreckung des Urteils eröffnet war, empfing er den Besuch eines Geistlichen, der bis nachts 12 Uhr bei ihm und mit ihm im Gebet verweilte und heute früh um 4 Uhr wieder in seiner Zelle erschien.

Um 4 1/2 Uhr wurde er im grünen Polizeiwagen, begleitet von Gefängniswachen und Schutzmännern zur Richtstätte, einem Fort in der Nähe von Solatich, gefahren. Er schien ganz gebrochen zu sein und betete unablässig. Hierbei empfing er von zwei Geistlichen religiösen Zuspruch. Um 5 1/2 Uhr waren die Vorkehrungen für die Hinrichtung beendet. Eine Infanterie-Kompagnie war unter dem Kommando eines Hauptmanns aufgestellt; außer der amtlichen Personen, die der Vollstreckung des Urteils von Amts wegen beizumohnen hatten, mochten im ganzen noch etwa 70 Zivilpersonen zur Exekution zugelassen sein. Als Sobczak zum Richtpfahl geführt werden sollte, bat er, daß ihm die Fesseln abgenommen würden. Nachdem dieser Bitte entsprochen war, schritt er mit dem Rosenkranz und dem Kreuzifix in den Händen, von den beiden Geistlichen begleitet, zum Richtpfahl. Nach den üblichen Formalitäten verlas der Staatsanwalt das Urteil. Nachdem Sobczak sich noch von seinem Bruder und seiner 16-jährigen Schwester verabschiedet hatte, wurde er dem Hauptmann zur Vollstreckung des Urteils übergeben. Sobczak wurde an den Richtpfahl gebunden, außerdem wurden ihm die Augen verbunden. Dann trat eine aus 8 Sergeanten und Unteroffizieren bestehende Sektion in zwei Gliedern vor. Die aus 4 Chargierten bestehende vordere Reihe legte die Gewehre an und auf ein Zeichen des Hauptmanns mit dem Befehl: „Mar!“, durch die Schützen durch Erschießen um 6.05 Uhr vollzogen. Ein Arzt stellte den Tod des Hingerichteten fest. Die Leiche wurde den Angehörigen zur Beerdigung überlassen. Bereits in der neunten Stunde waren in der Stadt rote Anschläge angeklebt, auf denen der Staatsanwalt beim Landgericht die Vollziehung des Todesurteils öffentlich bekannt gab.

Schwerer Kraftwagenunfall.

Dienstag Abend fuhr ein Kraftwagen auf der Chaussee von Posen nach Obornik. Gegen 8 Uhr stieß der Kraftwagen unweit von Golenichin auf ein in derselben Richtung fahrendes Gespann. Der Kraftwagenführer behauptet, Zeichen mit der Hupe gegeben zu haben, die jedoch von dem Gespannführer nicht beachtet worden seien, und da er selbst den Kraftwagen nicht mehr habe bremsen können, sei er beim Rechtsausweichen mit dem Fuhrwerk zusammengestoßen. Er sei dann mit dem Kraftwagen in zwei Böden geraten, so daß dieser sich zweimal um sich selbst drehte. Hierbei wurden die drei Insassen, und zwar Josef Kaszowski aus der Posener Straße, Wladislaw Dzerzibicki aus der ul. Dabrowskiego (fr. Gr. Berliner Str.) und Ludwig Sotter aus der ul. Piotra Wamrozniaka (fr. Kaiser-Friedrich-Straße) aus dem Kraftwagen geschleudert. Während die beiden ersten mit leichten Verletzungen davongekommen waren, hatte Sotter beide Beine im Aniegeleer gebrochen und außerdem so schwere innere Verletzungen davongetragen, daß er unter entsetzlichen Qualen nach 2 1/2 Stunden starb.

Zuckermangel.

Seit einigen Tagen ist der Zucker aus dem hiesigen Kleinhandel nahezu ganz verschwunden, nachdem er kurz vorher zum Preise von 4000 Mk. noch hier und da zu haben gewesen war. Ab und zu kann man noch Harzucker zum Preise von 6000 Mk. das Pfund haben.

Ueber die Ursache des plötzlichen Verschwindens eines zum täglichen Leben dringend notwendigen Bedarfsartikels sind die Ansichten geteilt. Jedenfalls ist es ganz ungewöhnlich auffällig, daß in einem so stark zuckerproduzierenden Landesteil, wie es das ehemals preussische Teilgebiet ist, der Zucker plötzlich aus dem Handel verschwinden kann. Sollte es hierfür wirklich keine Hilfe geben? Die Bevölkerung Posen wäre für die Anwendung geeigneter Maßnahmen recht dankbar.

Weitere Ausweisungen von Reichsdeutschen aus Pommern.

Außer den aus Graubenz ausgewiesenen Reichsdeutschen stehen, nach der „Weichselpost“, in Pommern noch folgende Personen auf der Liste: Apotheker Paul Heubach mit Familie in Kulm, Otto Tiek in Neuburg, Kaufmann Pohlmann mit Familie in Briesen, Richard Quedmann mit Familie in Soldau, August Kwasny mit Familie in Rijn, Kreis Soldau, Lehrerin Margarete Wunderlich sowie Kapitäns Witwe Ida v. Koerber in Schönwalde, Kreis Graubenz, Ansfelder Wilhelm Tonn mit Familie in Boguschan, Kreis Graubenz, Emil Kleinschmidt, Hermann Schierling, Alfred Waszkowski, Oskar Prellwitz, Friedrich Marz, Richard Krebs, Ludwig Strauß, Otto Hahnke, Max Seibschat, Hermann Biermann, Wilhelm Viedtke, Bernhard Kluth, alle mit Familien, sowie der ledige Paul Elbinghaus, sämtlich aus Dirschau.

Der Streik in Bromberg.

Ist nach einer Mitteilung der „Deutschen Rundschau“ vom 6. d. M. als beendet zu betrachten, abgesehen vom Elektrizitätswerk. Das in Graubenz getroffene Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist von den Bromberger Gewerkschaften anerkannt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auch zwischen der Stadtverwaltung und den Gaswerkarbeitern ist es zu einer Einigung gekommen. Es wurden den Arbeitern 35 Prozent von dem Tage der Arbeitsaufnahme an bewilligt. Dieses Abkommen ist jedoch nur provisorisch und weitere Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Löhne finden noch statt.

Im Elektrizitätswerk ist es bisher zu einer Einigung noch nicht gekommen, und der Streik dauert fort.

Die militärischen Musterungen des militärpflichtigen Jahrgangs in Posen finden in diesem Jahre vom Montag, 11. Juni, bis einschl. Montag, 2. Juli, statt, und zwar im Saale des Zoologischen Gartens von morgens 7 Uhr ab. Es haben zu erscheinen: am Montag, 11. Juni, die Mannschaften mit den Buchstaben A, C, O und E; Dienstag, 12. Juni, der Buchstabe B; Mittwoch, 13. Juni, die Buchstaben D und F; Donnerstag, 14. Juni, der Buchstabe G; Freitag, 15. Juni, H, I, J; Sonnabend, 16. Juni, der Buchstabe K, und zwar die in den Monaten Januar bis Juni Geborenen; Montag, 18. Juni, Buchstabe L, die in den Monaten Juli bis Dezember Geborenen; Dienstag, 19. Juni, die Buchstaben M und N; Mittwoch, 20. Juni, die Buchstaben O und P; Donnerstag, 21. Juni, der Buchstabe Q, die in den Monaten Januar bis Juni Geborenen; Freitag, 22. Juni, Buchstabe R, die aus den Monaten Juli bis Dezember; Sonnabend, 23. Juni, Buchstabe S (Januar bis Juni); Montag, 25. Juni, Buchstabe T (Juli bis Dezember); Dienstag, 26. Juni, die Buchstaben U und V; Mittwoch, 27. Juni, die Buchstaben W und X; Donnerstag, 28. Juni, die Buchstaben Y, Z, S, S, S; Sonnabend, 30. Juni, die Buchstaben A, B, C und D; Montag, 2. Juli, die Buchstaben E, F und G.

Adam Polzyci, der frühere Direktor des Großen Theaters, ist vor einigen Tagen in Posen eingetroffen, wo er bis Mitte Juli bleiben wird. Das früher schon angekündigte Sinfonie-Konzert unter seiner Leitung wird voraussichtlich um die Mitte dieses Monats stattfinden.

Der Bassist Adam Widur, der im vorigen Herbst in der hiesigen Oper als Repertoire in „Don Quixote“ und als Escapla in „Puccini's Tosca“ berechtigtes Aufsehen erregte, gibt am Montag, dem 18. Juni im Konzertsaal der Posener Universität einen Arien- und Liederabend. Vorverkauf der Eintrittskarten in der Zigarrenhandlung von W. Górecki (Hotel Monopol).

Festnahme von Taschendieben. Gestern wurden hier zwei der Polizei sehr bekannte Taschendiebe, der 20-jährige Arbeiter Hieronimus Kucharski aus Lodz und der 25-jährige Schuhmacher Janak Ryzkiewicz aus Kalisz festgenommen, die während der Fronleichnamsprozession, besonders während der großen Prozession am Sonntag auf dem Allen Markt, eine sehr rege Tätigkeit entfaltet hatten. Der eine führte 158 000 M. poln., der zweite 171 000 M. poln. und 1477 M. deutsches Geld bei sich, vermutlich den Erlös aus inwischen „verschärften“ Uhren usw., die sie bei der Prozession gestohlen hatten. Geschädigte, die irgendwelche Angaben machen können, die zur Überführung der beiden Taschendiebe dienen, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Wt. 2, Hof rechts, eine Treppe zu melden.

Festnahme eines Mordverdächtigten. Ein gewisser Wacław Kucalowski hatte gestern aus der Bedürfnisanstalt am Plac Sw. Krzyżki (fr. Petriplatz) mehrere Wasserleitungsrohre gestohlen. Er wurde von Beamten des 5. Polizeikommissariats (Wallfische) ermittelt und festgenommen.

Den Spiebbuben ist nichts heilig. Nachdem in der vergangenen Woche aus der Friedhofskapelle der evangelischen Christuskirche in Gurtichin das schwarze Altartuch gestohlen worden war, sind in der Nacht zum Mittwoch aus der Kapelle des katholischen Bernhardinerklosters am Bernhardinerplatz von zwei Altären die weißen Altartücher gestohlen worden.

Bromberg, 6. Juni. Gestern früh morgens bemerkte der 17-jährige Fortschülte Hubert Busch aus der Försterei Neubrück, Kr. Bromberg, als er sich an einem Waldrande befand, in einem Gebüsch zwei Männer, von denen der eine ein Gewehr bei sich trug. Als dieser auf Anruf des Fortschülers von seiner Waffe Gebrauch machte, indem er einen Schuß abgab, schoß der Fortschülte auch und traf den Mann in die Herzgegend. Der Betroffene war sofort tot.

Die gesamte Geschäftswelt

deutsche wie polnische, leistet sich den besten Dienst, wenn sie ihre Anzeigen dem einflussreichsten und verbreitetsten deutschen Blatte dauernd zuwendet. Das ist entschieden das

Posener Tageblatt.

Es gehört nicht zu der Zahl der Zeitungen mit riesigen Auflagen, hat aber doch in Posen die größte Auflage

und genießt weitest Verbreitung in Groß-Polen! Die Qualität seiner Leser ist eine so vortreffliche, daß die größten Inserenten es seit vielen Jahren mit bestem Erfolg ständig benutzen! Fordern Sie Offerte.



* Verent, 4. Juni. Wie der „Pomorzanin“ berichtet, hat der Starost des Kreises Verent, Herr Dr. Mellin, vom 1. Juni bis zum 1. Juli einen Urlaub angetreten, worauf er die Verwaltung des Kreises Mewe übernehmen soll. Als Starost für Verent soll Herr Nowalski, der bisherige Starost von Barthaus, in Frage kommen.

* Gult, 5. Juni. In der hiesigen katholischen Pfarrkirche verschwand seit einiger Zeit an mehreren Altären weiße Altardecken und Kerzen, ohne daß es gelang, den Dieb zu entdecken. Jetzt ist eine als fleißige Kirchengängerin bekannte Näherin als Diebin ermittelt worden. Bei einer Hausdurchsicht fand man außer den Kirchenfächern noch andere Gegenstände, die von der Diebin beim Hausnähen entwendet worden waren. Die Spitzbuben simulierten Geisteskrankheit.

* Gult, 6. Juni. Die schon ziemlich häufige hölzerne Dremenzbrücke soll durch eine eiserne Brücke ersetzt werden. Bredes Vergebung des Brückenbaues hat das Starostwo bereits eine Ausschreibung erlassen.

* Selbst, 6. Juni. In der Nacht zum Mittwoch wurden dem Gastwirt Ossowski durch Einbruch in den Laden Waren im Gesamtwert von über 2 Millionen Mark gestohlen. Es handelt sich in der Hauptsache um Zigarren, Zigaretten und Schokolade. Den Dieben ist man auf der Spur.

* Neutomsch, 6. Juni. Zum ersten Male wurden am Trinitatis-Sonntag in der hiesigen evangelischen Kirche die Konfirmanden eingeweiht und zwar 48 Knaben und 39 Mädchen.

* Aus dem Randkreise Thorn, 6. Juni. Der Starost hat im „Preisblatt“ eine Verordnung erlassen, nach der alle Besitzer (Landwirte) verpflichtet sind, die amerikanischen Wucherscheine zu vernichten. Dies hat noch vor ihrem Abfließen in diesem Monat zu erfolgen. — Zu dem Bericht über den Diebstahl von 8 Millionen Mark harem Gelde auf der Kongresspolnischen Seite von Wloclaw teilt die „Deutsche Rundschau“ mit, daß der Dieb in der Person des eigenen Sohnes des Bestohlenen ermittelt werden konnte und der volle Betrag wiedergefunden wurde.

Aus Ostdeutschland.

* Boms, 8. Juni. Für die am 23. Juni 1917 zu Kriegszwecken abgegebenen beiden größeren Gloden der hiesigen kath. Kirche und für die dritte und kleinste, die jetzt nur im Gebrauch, aber durch einen Schuß bei den Grenzschüssen verlegt ist und einen etwas schrillen Ton bekommen hat, sind drei neue Gloden für den durch freiwillige Opfergaben aufgebrachtem Betrag von 2 1/2 Millionen Mark angefertigt worden. Die Weihe der Gloden, von denen die größte 12 Renter, die zweite 6 1/2 Renter, hat am Sonntag stattgefunden, am Fronleichnamstage sind sie zum ersten Male geklingelt worden.

* Frankfurt a. O., 3. Juni. Die seit langem in Amerika lebende unverheiratete Anna Kahlhorn, die ihre Jugendzeit in Frankfurt a. O. verbracht hat und auf dem Schiff „Hansa“ auf der Fahrt von Neuport nach Hamburg gestorben ist, hat ihr gesamtes Vermögen von 12000 Dollar den wohltätigen Stiftungen der Stadt Frankfurt a. O. vermacht, und zwar gelangt die gesamte Summe, die jetzt angelegt ist, nach dem Tode der Freundin der Verstorbenen, die während ihrer Lebenszeit die Zinsen daraus noch genießen soll, zur Auszahlung an die Stadt Frankfurt a. O. mit dem Zweck der Verwendung der Zinsen für die Waisen der Frankfurter Knaben und Mädchen, das Altersheim und das Heim für blinde Soldaten. Die Stiftung soll heißen „Marie-Elisabeth-Kahlhorn-Stiftung“, zur Erinnerung an die Schwester der Verstorbenen, die ebenfalls in Frankfurt aufgewachsen ist.

* Seidenberg, 5. Juni. Die Mutter des Dichters Hermann Sudermann ist hier im Alter von 98 Jahren gestorben.

* Schneidemühl, 5. Juni. Das Bromberger Denkmal Friedrichs des Großen, das bis kurz vor der Besetzung Brombergs auf dem Friedrichsplatz stand, wurde bekanntlich Ende des Jahres 1919 nach Schneidemühl geschafft. Hier ist es am 1. Juni feierlich enthüllt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anfragen werden unseren Lesern gegen Einsendung der Belegausfertigung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Adressen beiliegt.)

M. A. Wir halten zurzeit für Sie die Anlegung des Geldes in Aktien für das Beste und empfehlen Ihnen, sich mit einer Bank wegen weiterer Mitwirkung in Verbindung zu setzen.

R. in D. Falls der Wohnungstausch zustande kommt, ja; sonst wohl kaum.

1923. Sie haben nicht das Recht, Ihrem Nachbar die 4 Fenster zu verbieten, dagegen können Sie gegen das Fortbestehen des Aborts Einspruch erheben, wenn Sie dessen üble Gerüche tatsächlich belästigt werden.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

* Die Bankbilanzen, so wird aus Berlin geschrieben, die in der letzten Zeit veröffentlicht worden sind, lassen durchaus keine Beurteilung der Geschäftstätigkeit während der Berichtsjahre zu. Sie sind lediglich aufgestellt, um den rechtlichen Ansprüchen, die an die Bilanzveröffentlichung gestellt werden, zu genügen. Bei den einzelnen Papiermarkposten weiß man nicht, wie sich die Beträge auf die einzelnen Entwertungstufen der Mark verteilen, beim Reingewinn ist nicht zu erkennen, wie weit vorher schon stille Reserven ausgeschoben sind, eine Auswertung von Devisenposten verzeichnet keine einzige Bank. Lediglich aus dem Vergleich zwischen der Geldentwertung und den Reingewinnen des Berichtsjahres läßt sich ersehen, daß die Banken recht gut verdient haben.

* Erhöhung der deutschen Kakaos- und Schokoladenpreise. Die Interessengemeinschaft deutscher Kakaos- und Schokoladenfabriken G. m. b. H. Berlin (Wela), gibt bekannt, daß die Richtpreise für Kakaoprodukte wie folgt geändert worden sind: Kakaopulver, schwach entölt I, 33 400 bis 35 400 M., II 24 000 bis 26 000 M., stark entölt I 31 000 bis 33 000 M., II 20 000 bis 22 000 M. per Kilogramm. — Schmelz- und Schokolade mit 50 Prozent Kakaobestandteilen und 50 Prozent Zucker 3200 bis 3500 M., hundert Schmelzschokolade mit 60 Prozent Kakaobestand-

teilen und 40 Prozent Zucker 3500 bis 3800 M. und Milch-Schokolade 3800 bis 4100 M. für die 100-Gramm-Tafel.

Industrie.

* Der deutsche Maschinenbau im Jahre 1922. Wie aus dem Geschäftsbericht des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten für das Jahr 1922 hervorgeht, betrug die Maschineneinfuhr Deutschlands im Jahre 1922 mit 10 700 Tonnen rund 2 v. H. der Maschinenausfuhr (1922 rund 491 000 Tonnen), da der deutsche Maschinenbau in der Lage ist, den Bedarf Deutschlands an Maschinen fast reiflos zu decken. Aber die Arbeit des Maschinenbaues hat unter den Schwierigkeiten der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands auch im Jahre 1922 außerordentlich gelitten. Nachschub und Überforderung, verschlechterte Eisenverfälschung, Währungsverfall, Auseinandersetzungen mit Arbeitnehmern, steigende Löhne, Mangel an Facharbeitern, die verschiedenen Steuererhöhungen, Abnahme der inländischen Kapitalkraft und Einfuhrbeschränkung durch fremde Staaten haben dazu beigetragen. Der Auftragsseingang ist im Laufe des Jahres 1922 immer stärker zurückgegangen. Das auf einen Beschäftigten entfallende Gewicht der Erzeugnisse ist nach den Feststellungen des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten, die vielteil nicht absolut genau, aber auf breiter Grundlage nachgeprüft sind, im Durchschnitt des Jahres 1922 unter die Hälfte der Erzeugung vor dem Kriege herabgesunken. Das auf einen Beschäftigten entfallende Erzeugnisgewicht betrug 1910: 6,9 To., 1911: 6,9 To., 1912: 7,4 To., 1913: 7,7 To. Nach dem Kriege dagegen wurden ermittelt im Jahre 1921: 4,0 To., im Jahre 1922: 3,9 To. Die Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten war 1922 nicht ausreichend. Mit Rohstoffen wurde die weiterverarbeitende Industrie zum Teil nur mit 30 v. H. ihres Bedarfs beliefert. Ein dauernder Mangel bestand an Eisen und Feinblechen, während Grobbleche genügend vorhanden waren. Aber die Entwicklung der Eisenpreise wurden besonders seit der am 1. August eingetretenen Erhöhung um 50 v. H. lebhaft Klagen geführt, die fortwährend zunehmen.

* Der tschechische Eisenmarkt. Die Ruhrkonjunktur hat in Tschechien, laut „Industrie-Kurier“, ein schnelles Ende gefunden. Die Eisenpreise liegen bereits wieder 25—30 Prozent unter den höchsten Notierungen im März. Aufträge kommen weniger herein. Die Zahl der Arbeitslosen hatte Ende April 350 000 überschritten. Die Ausfuhr nach Deutschland ist durch den neuesten Sturz der Mark völlig unmöglich gemacht, um so mehr, weil die deutsche Regierung für die nächste Zeit jedenfalls keinen Anlaß sieht, die Eiseneinfuhr nach Deutschland zu erleichtern. Ein weiterer Preisrückgang dürfte daher unausweichlich sein.

* Erzeugung in der Tschechoslowakei. Im Jahre 1922 wurden in der Tschechoslowakei 222 Waggon Eisenerz, 28 000 q Silbererz und 300 kg Gold gewonnen.

* Petroleumfunde in Angola. Schon seit 1844 weiß man, daß es in der portugiesischen Kolonie Angola Petroleum gibt, indes wurden die Felder infolge des dauernden Finanzelends und der Unfähigkeit der Kolonialverwaltung nicht erschlossen. Die amerikanisch-englische Rivalität hat jetzt aber die Lage gründlich geändert. 75 000 englische Quadratmeilen wurden zur dauernden Ausbeutung an die Companhia de Petroleos de Angola vergeben, die von der amerikanischen Sinclair-Gesellschaft in Steuergeldern finanziert wird. Südlich davon erstreckt sich eine riesige Konzeption der Engländer von 100 000 Quadratmeilen, drei Probequellen sind bereits erhöht. Die Sachleute sind der Meinung, daß allein schon die nördlichen Felder die persischen und mexikanischen Öllager bei weitem übertreffen. Treibt die Ansicht der Sachleute zu, so wäre ein verheißungsvoller Schritt vorwärts getan in der Ausbeutung der afrikanischen Bodenschätze, die in ihrem ganzen Umfange noch kaum erforscht sind.

Wirtschaft.

* Erfolg des europäischen Holzes durch solches aus den französischen Kolonien. Das französische Ministerium der öffentlichen Arbeiten (le Troquer) hat, wie „Waz. Obs.“ zu berichten weiß, angesichts der steigenden Preise für europäisches Holz und des Ausbleibens der deutschen Holzlieferungen infolge der Ruhrbesetzung sich mit dem Gedanken beschäftigt, Holz aus seinen Kolonien einzuführen, das Eichen- und Fichtenholz ersetzen könnte und zu Tischler- und Drechslerei geeignet wäre. Zu diesem Zweck werden zurzeit verschiedene Proben mit den überseeischen Hölzern veranfaßt.

Der französische Arbeitsminister ist aus seinen Berichten über die Ruhrbesetzung als ein höchst phantastischer Kopf bekannt. Le Troquer glaubt, daß ein günstiges Ergebnis dieser Prüfungen von kolossaler Bedeutung für den ganzen europäischen Holzhandel werden kann.

Verkehr.

* Der deutsche Postverkehr 1922. Die Geldentwertung, die besonders seit dem Herbst des Jahres 1922 einen großen Umfang angenommen hat, spiegelt sich auch in den Ergebnissen des deutschen Postverkehrs wider. Der Umsatz hat mehr als neun Milliarden Mark betragen und sich gegen das Vorjahr nahezu verdoppelt. Ein sehr erfreuliches Bild bieten die Ergebnisse des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, in dem 7892 Milliarden Mark oder 86,7 Prozent des Gesamtumsatzes beglichen worden sind. Die Zahl der Buchungen hat um rund 50 Millionen — von 428 Millionen im Jahre 1921 auf 477 Millionen im Jahre 1922 — zugenommen. Die geldlichen Beziehungen des Deutschen Reiches zum Saar-gebiet sind durch die Saar-Regierungskommission erheblich beeinträchtigt worden, indem Einzahlungen auf deutsche Konten und Auszahlungen auf Grund solcher nicht mehr statthaft sind. Deutschland hat daher vom 1. Februar 1923 ab einen Postüberweisungsverkehr mit dem Postamt in Saarbrücken eingeführt, den die Schenkämter in Frankfurt a. M., Aalen und Ludwigsburg vermitteln. Nach dem am 15. Mai 1922 in Genf abgeschlossenen Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Postverkehr ist in dem am Polen gefallenen Teil Osterschlesiens der Postverkehr in dem bisherigen Umfange bestehen geblieben. Es wurden also weiter zugelassen Einzahlungen mit Zahlkarte aus Ost-Oberschlesien auf Konten bei den deutschen Postbescheidämtern und Auszahlungen durch Zahlungsanweisung in Ost-Oberschlesien aus Postkonten in Deutschland. Im Januar 1923 hat die polnische Regierung das Abkommen über den Postverkehr mit Ost-Oberschlesien zum 1. Mai gekündigt. Der

Postverkehr mit Ungarn ist im August 1922 wegen der schwankenden Währungskurse ganz eingestellt. Der Verkehr mit der Schweiz ist auf Überweisungen aus der Schweiz nach dem Deutschen Reich beschränkt worden. Es war erforderlich, durch Änderungen der Gebühren für die Ein- und Auszahlungen neue Einnahmequellen zu schaffen. Mit Rücksicht auf die Geldentwertung sind die meisten Beträge für Schecks sowie für telegraphisch zu erledigende Zahlungen, Überweisungen und Schecks mehrfach geändert worden. Um einen bequemen und billigen Weg für die Abführung der Einkommen-, Umsatz-, Vermögens-, Erbschafts- usw. Steuer, der Kapitalertragsteuer für Hypothekenzinsen und der Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer an die Finanz- und Steuerstellen zu schaffen, sind besondere Zahlarten für Steuerentrichtung, für Kapitalertragsteuer und für Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer eingeführt worden. Durch Verlegung des von der Postanstalt vollzogenen Postentwertungscheins kann der Absender der Zahlkarte die Entrichtung der Steuer jederzeit nachweisen.

Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

* Baumaterialien. In Wina wurden notiert: Breziziegel 700 bis 750 pro Stüd. gewöhnlicher Ziegel 600, feuerfester Ziegel 1700 bis 1900, Kacheln mit Fuß 2200, grau 1200. Feinere kleineren Formats 18 000 bis 19 000 pro Quadratmeter, Gips 7800 bis 8000 pro Kub. Zement I. Gattung bis 170 000 pro 12 Kubfuß, Kalk 6000 pro Kub. Kanalisationsröhren von 3 Zoll an 4800 pro Stüd. dreieckige Röhren 85 000 bis 90 000 pro Kub. Feinere 95 000 bis 98 000, Dachpappe „000“ 45 000 pro Siebenmeter-Masse. Tendenz steigend. Holz. Auf dem Winaer Holzmarkt wird angesichts der Bekanntmachung des Ministeriums für Handel und Industrie über das Holzaustrichverbot und in Erwartung weiterer Ausführungsbestimmungen mit neuen Kalkulationen zurückgehalten.

* Papier. Die im „Wiazel“ polnisch „Papier“ organisierten Papierfabriken haben dieselben Großhandelspreise festgesetzt, wie sie im Mai galten. Einige Fabriken kalkulieren um 15 Prozent niedriger.

Börse.

* Die Berliner Produktbörse verzeichnete am 5. Juni für märkischen Rapsen einen Preis von 92 000—84 000 M.

* Die Berliner Kartoffelnotierungskommission notierte am 5. Juni folgende Preise: Speisefartoffeln, rote und weiße, 6000 M. und gelbschleimige 7000 M. Erzeugerpreise ab märkische Stationen.

Kurze der Berliner Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien:	7. Juni	6. Juni
Bank Polnische I.—II. Em.	11 000	10 500
Bank Polnische I.—II. Em.	7500	8500—7500
Bank Zw. Svölta Jarosl. I.—X. Em.	12 000—12 500	—
Polst. Bank Handel, Polnisch I.—VIII. Em.	8500	9000—8000
Polst. Bank Handel, Polnisch I.—V. Em.	2000—2050	2200—2000
Polst. Bank Handel, Polnisch I.—IV. Em.	—	2200—2000
Bank Wladyslaw	1500	—
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	7500	—
Browar Stokowski I.—IV. Em.	35 000	—
C. Legelst (St. abget.)	3100—4300—4200	3500—2900—3000
Centrala Stok I.—IV. Em.	—	10 000
Debiens I.—II. Em.	15 000	12 000—14 000
Gopiana I.—II. Em.	50 000	51 000—50 000
G. Hartwig I.—V. Em.	38 10	—
Grzebiel-Stokowski I.—II. Em.	22 000	—
Juno I. Em.	—	6500
Dr. Roman Mau I.—IV. Em.	60 000—65 000	60 000
Mlyn Bismarck I. Em.	8500—8000	9000—8500
Orient I.—II. Em.	4800	5000—4800
Polst. I.—II. Em.	5500—6000	7000—6000
Polst. I.—III. Em.	15 000—15 500	—
Polst. I.—VII. Em.	—	7500
Polst. Svölta Jarosl. I.—VI. Em.	26 500—28 000	30 000—27 000
Polst. Stokowski (Sapalt) I. Em.	6000	6000
Tri I.—III. Em.	8500—9000	7500
Unja (früher Bengt) I. u. II. Em.	26 000	22 000—20 000
Wladyslaw Chemische I.—IV. Em.	3800—4000	4000—4300—4200

* Saluten und Devisen: Deutsche Mark Auszahlung Berlin 0.82. Schweiz. Franken Russ 10 950, Franz. Franken (Weib) 3800—3900, Dollar Russ. 63 000.

Warschauer Börse vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Mittagskurze vom 7. Juni.

Die polnische Mark in Danzig	128
Der Dollar in Danzig	78 000

Berliner Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Danziger Börsenbericht vom 6. Juni.

Devisen:	
Belgien	3350—3300
Berlin	81—79
Danzig	81—79
London	275 000—269 000
Paris	58 500—57 500
St. Petersburg	3825—3750
Wien	1765—1740
Schweiz	10 600
Wien	79 1/4—77
St. Petersburg	2730

Hohe Belohnung!

Demjenigen, der mir zu meinem Koffer verhilft, welcher mir Sonnabend abend gegen 9.55 aus dem D-Zuge auf der Strecke Danzig—Bromberg entwendet wurde, sichere ich hohe Belohnung zu. Der Koffer enthält Damenkleider u. Wäsche u. E. Kutscher, Bydgoszcz, ul. Cieszkowskiego 9 II.

Zur gest. Beachtung!

Für unleserlich geschriebene Anzeigen, sowie telephonisch und mündlich Übermittlungen von Anzeigen ist die Zeitung nicht verantwortlich. Für derartige Mängel haftet der Auftraggeber. Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“.

Ein fast neues wenig gebrauchtes

Alavier

steht preiswert zum Verkauf. Anfragen unt. L. N. 7489 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Neu erschienen u. sofort lieferbar:

Schütze, das Posener Land

(Warthe- und Netzeau)

I. Teil: Lage, Aufbau und Entstehung.

Preis M. 12 000.—

Nach auswärts unter „Einschreiben“

M. 13 500.— gegen Voreinsendung des Betrages auf P. K. O. 200 283 franko.

Zu beziehen durch die

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań

(Abteil. Versandbuchhandlg.) Zwierzyniecka 6.

Mädchen,

erfahren in allen häuslichen Arbeiten, mit besten Empfehl., sucht zum 15. 6. oder 1. 7. Stellung. Angeb. u. R. 7498 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Ankäufer u. Verkäufer

Zu verkaufen:

1 goldene Damenuhr mit

3 Brillanten u. Sprungedel.

Angebote u. 7484 a. d. G.

schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wischungs- u. Nähmaschinen

zu kaufen gesucht.

Breszwinawiez, Fabrikstr. 3 I.

Für evangl.

Theologie-Studierende

und Interessenten

bieten wir

antiquarisch versch. theolog.

Studienbücher

zum Kauf an.

Beitragung der Bücher in

der Hauptgeschäftsstelle.

Posener Buchdruckerei u.

Verlagsanstalt T. A.

Abt. Versandbuchhandlg.

Poznań,

Zwierzyniecka 6.

Wohnungen

Junger Musiker u. d. Oper

sucht vom

15. Juni

ab. später

in nur best. Hause. Offert. unt.

7480 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Berlin-Poznań. Woh-

nungstausch! Eine Woh-

nung von 1 Zimmer u. Küche

2 Wohnungen u. 3 Räumen

und Küche in Berlin

zu tauschen auf solche in Po-

znan. Näheres erteilt Biema

J. Sztudlarek i Sta. Po-

znan, Wrocław 38.